

Perspektiven

Das Magazin der Metall- und Elektro-Industrie

02|2025

Andrea Nahles,

Vorstands-
vorsitzende der
Bundesagentur
für Arbeit,
über deren
Reform

WIE WIRD DER STAAT MODERN?

VOM DIRIGENTEN ZUM DIENER:

Warum der Staat Gesellschaft
und Wirtschaft wieder
mehr Freiraum geben muss



**»Viele der staatlichen Aktivitäten
bremsen Innovation und Wachstum.«**

Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrates,
über die Folgen einer zu hohen Staatsquote



03 **KOMMENTAR**

Andrea Nahles, Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, über deren Reform

04 **AGENDA**

Meldungen und Standpunkte aus Wirtschaft, Politik und M+E-Industrie

04 **SCHLICHTUNG**

Gesamtmetall legt Gesetzentwurf für obligatorische Schlichtung vor

07 **SICHT:WEISE**

Sollen Handys an Schulen komplett verboten werden?

08 **TITELTHEMA**

Der deutsche Staat ist verstaubt, aufgebläht und zunehmend handlungsunfähig. Wie kann er der Wirtschaft und Gesellschaft wieder mehr Spielraum verschaffen?

16 **DEBATTE**

Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrates, sprach mit Patrick Welter von der FAZ über notwendige marktwirtschaftliche Reformen

20 **DEUTSCHLAND BESSER MACHEN**

Noch nie war der Schaden durch Cyberattacken so groß. Wie kann Deutschland resilienter werden?

23 **BILDUNG**

Der Traum vom Reichtum: Wie macht man aus Blei echtes Gold?

24 **PERSPEKTIVE**

In der M+E-Industrie ist die Produktion im achten Quartal in Folge gesunken

26 **RETROSPEKTIVE**

Was wurde aus der EU-Lieferkettenrichtlinie?

26 **IMPRESSUM**

27 **KARIKATUR**

28 **ZITAT**

Staatsquote: Jeder zweite Euro fließt inzwischen durch staatliche Hände – und doch läuft vieles schief. Was die Wirtschaft jetzt braucht.

S. 08-15 / S. 24-25

50,1%

Wir werden effizienter!

WAS MEINEN SIE, FRAU NAHLES? Die Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit will die Kundenperspektive in den Fokus rücken.

Staatsbedienstete haben in den USA die Aufforderung erhalten, per E-Mail Tätigkeitsnachweise zu liefern, oder sie werden gefeuert. Die Finanzierung für Einrichtungen und Behörden werden per Handstreich gestrichen. Es wird mit Kettensägen posiert. Auch hier in Deutschland ist eine Liste mit 100 Behörden veröffentlicht worden, die gestrichen werden sollten. Heimliche und weniger heimliche Bewunderer für dieses Vorgehen finden sich auch in unserem Land. Als Vorstandsvorsitzende der größten Behörde in Deutschland stimme ich das nachdenklich.

Es ist ein radikal libertärer Geist, der hier weht. Er verträgt sich – meiner Meinung nach – nicht mit unserem Grundgesetz. Wir stehen auf dem Boden eines demokratischen und durch die Soziale Marktwirtschaft geprägten Rechtsstaats.

Nicht das Recht des Stärkeren macht die Bundesrepublik aus, sondern verbriefte Rechte für jeden einzelnen Bürger.

Wenn man auf das Recht des Stärkeren setzt, dann braucht es keine Institutionen, keine Rechte für Benachteiligte oder Hilfsbedürftige.

Eine solche Form von Staatlichkeit hatten wir schon einmal – im 19. Jahrhundert. Daraus hat sich Europa mühsam herausgekämpft.

Es steht die Frage im Raum: Wie gehen wir damit um?

Wenn wir unsere Form von sozialer Rechtsstaatlichkeit, deren Gesicht wir als BA nun mal für viele Bürger sind, verteidigen wollen, dann müssen wir uns auch der Kritik zuwenden. Es ist nämlich richtig, dass manches in unserem Land über die Jahrzehnte immer komplexer und unbeweglicher geworden ist. Jeder, der sich irgendwo absichert und Risiken vermeidet, mag dafür erfahrungsgesättigte Gründe haben, aber er trägt eben zur allgemeinen Verlangsamung der Prozesse, zur innovationshemmenden Bürokratie mit bei.

Zugleich nehmen die Anforderungen an unseren Sozialstaat ständig zu. Krisen, neue Lebensrealitäten, neue Technologien – all das fordert uns heraus. Das Alte reicht nicht mehr, das Neue ist noch im Entstehen.

Also stehen wir an einem Punkt, an dem klar ist: Es braucht mehr als kleine Reparaturen. Es braucht echten Mut zur Veränderung.

Nicht, weil unser Sozialstaat schlecht wäre. Ganz im Gegenteil, er ist eine der großen Stärken dieses Landes. Aber er muss auch in der Lage sein, sich substanziell weiterzuentwickeln – ohne seinen Kern zu verlieren.

Es ist daher kein Zufall, dass in dem aktuellen Koalitionsvertrag festgelegt wurde, eine Kommission zur Sozialstaatsreform einzusetzen. Tatsächlich bin ich nicht sicher, ob mich eine solche Kommission mit Hoffnung erfüllt. Klar wäre vieles, wären wir auf der grünen Wiese, anders

und besser aufzustellen. Aber immer wieder sind grundlegende Reformen im föderalen Staat extrem schwierig und langwierig. Oder scheitern gleich ganz. Meine Sorge ist: Es wird wieder viel Zeit investiert und wenig bewegt. Das können wir uns meiner Meinung nach nicht leisten. Ich werde diese Bundesregierung daran messen, ob sie entschlossen handelt bei Digitalisierung und Automatisierung und die Voraussetzungen dafür auch schafft im Zusammenspiel mit Ländern und Kommunen. Es ist nämlich im Zweifel nicht so wichtig, welche Behörde was macht, wenn die Daten zwischen diesen Behörden laufen und nicht die Menschen. Genau das ist die wesentliche Herausforderung. Effizienz und Kundenfreundlichkeit gehen hier Hand in Hand. Wenn man versucht, das – wie die Bundesagentur für Arbeit – konsequent anzugehen, erlebt man jeden Tag sein blaues Wunder. Eine Hürde folgt der nächsten. Der NOOTS-Staatsvertrag, der sich derzeit in der Ratifizierung bei Bund und Ländern befindet, soll nun die Grundlage für Bund und Länder schaffen für den Aufbau einer gemeinsamen Infrastruktur zum Datenaustausch. Gut. Aber: Damit werden nicht automatisch die Themen des Datenschutzes und die Harmonisierung von zusammenspielenden Gesetzen geklärt. Das wäre eine sehr, sehr wichtige Anforderung an die neue Regierung, hier voranzukommen.

Aber ich zeige nicht nur auf andere: Der Vorstand der Bundesagentur für Arbeit hat bereits im Jahr 2023 beschlossen, eine grundlegende Reform der eigenen Strukturen anzuschieben. Es gab keinen Skandal, der uns dazu veranlasst hätte, eine grundlegende Reform unserer Verwaltung auf den Weg zu bringen. Es gab aber die Erkenntnis nach der Corona-Krise, wo wir zeitweise mit 11.500 BA-Mitarbeitern Kurzarbeitergeld ausgezahlt haben, dass wir uns resilienter aufstellen müssen. Zum Beispiel bei der nächsten Krise in der Lage sind, Kurzarbeitergeld vereinfacht digital auszus zahlen. Ein anderer Grund für uns als BA-Vorstand ist die demografische Entwicklung. Wir verlieren bis 2032 zirka 35.000 Mitarbeitende. Und: Ganz generell verschaffen uns die neuen technologischen Möglichkeiten einfach auch Spielraum, um schneller, digitaler und effizienter zu arbeiten. Daher bauen wir derzeit unsere Organisation grundlegend um. Ich glaube kaum, dass das in Deutschland schon viele Leute mitbekommen

haben, dass sich die BA in eine prozessorientierte Verwaltung verändert, die die Kundenperspektive in den Fokus rückt. Das mag in der Privatwirtschaft vielerorts schon passiert sein, im öffentlichen Sektor betreten wir damit Neuland. Voraussetzung für das Gelingen dieser Großoperation war und ist, dass wir als Vorstand der BA klare Ziele setzen. Wir haben uns vorgenommen, 7.800 Beschäftigte, die wir im Zuge der demografischen Abgänge verlieren, nicht mehr rekrutieren zu



Fortsetzung auf Seite 05

Schlichtung – Gesamtmetall legt Gesetzentwurf vor

Wenn Arbeitskämpfe sensible Bereiche der Daseinsvorsorge wie Verkehr, Kitas oder Krankenhäuser lahmlegen, haben unbeteiligte Dritte oft das Nachsehen und es entstehen Schäden für Wirtschaft und Gesellschaft. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall stellte nun einen Gesetzentwurf für eine obligatorische Schlichtung vor, die sich am historischen Margarethenhof-Abkommen von 1954 orientiert.



Präsentierten den Gesetzentwurf zur Schlichtung bei Streiks: **Prof. Clemens Höpfner** von der Uni Köln, **Prof. Richard Giesen** von der LMU München, Gesamtmetall-Präsident **Stefan Wolf** und **Dr. Hagen Lesch** vom Institut der deutschen Wirtschaft (v.l.n.r.).

Der Gesetzentwurf von Gesamtmetall, erarbeitet von den Experten Prof. Richard Giesen, LMU München, und Prof. Clemens Höpfner, Universität Köln, soll Verhandlungen fördern, wirtschaftliche Schäden minimieren und die Tarifautonomie respektieren. Vorgestellt wurde der Gesetzesentwurf im März 2025 in der Bundespressekonferenz in Berlin. Ein ebenfalls vorgelegtes Gutachten zur Schlichtung von Dr. Hagen Lesch, Leiter des Themenclusters Arbeitswelt und Tarifpolitik beim Institut der deut-

»Der Vorstoß der Wissenschaft ist richtig«

PStS **Gitta Connemann** MdB
MIT-Bundesvorsitzende



schen Wirtschaft (IW), gibt einen umfassenden Überblick zum tariflichen Schlichtungswesen in Deutschland.

Grundversorgung gewährleisten

Der Entwurf setzt folgende wichtige Leitplanken für die Schlichtung von Tarifkonflikten:

→ Jede Tarifvertragspartei kann in einem Tarifkonflikt die Schlichtung anrufen. Arbeitskämpfe sind erst nach dem Scheitern der Schlichtung in vollem Umfang zulässig und davor nur in einem begrenzten Rahmen. Die ge-

setzlichen Vorgaben gelten dabei nur nachrangig, das heißt, bestehende tarifliche Schlichtungsabkommen haben stets Vorrang.

→ Verbindliche Sonderregelungen gelten nur für kritische Sektoren der Daseinsvorsorge. Dort müssen Streiks mindestens 96 Stunden im Voraus angekündigt werden, um Planbarkeit zu gewährleisten und Schäden zu begrenzen. Während eines Streiks muss eine Grundversorgung aufrechterhalten werden, etwa im Luftverkehr, bei der Bahn oder in Kitas.

→ Diese Vorgaben orientieren sich an dem Grundprinzip, dass Streiks „Ultima Ratio“, das heißt das letzte Mittel, in Tarifkonflikten bleiben müssen. Ansonsten beschädigen willkürliche Streiks die Tarifautonomie. Dabei knüpft der Entwurf an die Erfolge des Margarethenhof-Abkommens an, die zeigte, wie Schlichtung Konflikte entschärft, ohne die Verhandlungsfreiheit einzuschränken. Er geht aber weiter, indem er gesetzliche Auffangregelungen dort vorschlägt, wo tarifliche Vorgaben fehlen.

→ Es handelt sich um keine (staatliche) Zwangsschlichtung, bei der ein Dritter den Tarifparteien einen Tarifabschluss aufoktroieren kann.

Zuspruch der Politik

Der Vorschlag findet Zuspruch in Politik und Wirtschaft. Gitta Connemann sagte in ihrer Funktion als Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT): „Die vorgeschlagene obligatorische Schlichtung und Friedenspflicht während des Verfahrens ermöglichen tragfähige Kompromisse und sichern eine verlässliche Grundversorgung.“ Seit dem 6. Mai 2025 ist Connemann Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Gewerkschaften üben hingegen Kritik. Die Vereinigung Cockpit sowie der Marburger Bund sehen das Gesetz als „Generalangriff“ auf das Streikrecht. Unerwähnt lassen die Kritiker, dass Vorgaben für eine tarifliche Schlichtung freiwillig sind und jederzeit von den Sozialpartnern anders vereinbart werden können.

Interessen aller berücksichtigen

Der Vorstoß ist zugleich ein Weckruf an die Politik, da die aktuelle Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts die Streiks nicht mehr als letztes Mittel in Tarifaueinandersetzungen ansehen. In vielen Tarifkonflikten wird daher ohne Rücksicht auf den Verhandlungsstand und die bestehenden Einigungschancen gestreikt, was u. a. zu schweren Schäden Dritter, insbesondere in der Daseinsvorsorge (z. B. Streiks an Flughäfen oder Kitas), führt. Die jüngste Tarifaueinandersetzung im öffentlichen Dienst hat dies nochmals eindrücklich gezeigt.

Für die Politik stellt sich die Aufgabe, Belange der Wirtschaft und Arbeitnehmerrechte sorgfältig abzuwägen. Ein Schlichtungsgesetz, das Streiks bewusst nicht reguliert, könnte für klare Regeln sorgen. Das Margarethenhof-Abkommen lehrt, dass freiwillige Schlichtung funktioniert, wenn Vertrauen besteht. Eine breite Debatte mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und der Öffentlichkeit ist nötig, um eine Lösung zu finden, die die Interessen aller berücksichtigt.

Weitere Informationen:

www.gesamtmetall.de/schlichtungsgesetz



Fortsetzung des Kommentars von Seite 03

► müssen, weil wir es schaffen werden, die Aufgaben dieser Menschen durch effizientere Prozesse und Automatisierung zu ersetzen. Das haben wir kommuniziert und mit einem regelmäßigen Monitoring unterlegt. Wir haben uns eine Automatisierungsagenda verordnet, die das Ziel hat, möglichst viele unserer Prozesse wie zum Beispiel die Arbeitssuche zu optimieren – und das haben wir mit allen Kernprozessen der BA in den letzten zwölf Monaten auch tatsächlich getan. Nur optimierte Prozesse eignen sich für die Automatisierung. Wir haben dafür sogenannte Zukunftsfabriken aufgesetzt, die alle Prozesse angeguckt, optimiert und auf ihr digitales Potenzial abgeklopft haben. Im Herbst dieses Jahres ist das abgeschlossen und wir werden dann in Wellen die optimierten Abläufe in der Fläche umsetzen. Parallel setzen wir auch zunehmend KI ein. Im letzten Jahr waren es noch acht KI-Anwendungen, derzeit sind es 21 und Ende des Jahres schon 30. Dafür mussten wir erst mal überhaupt Cloudleistungen für den öffentlichen Sektor möglich machen, was wir nach einigen Anstrengungen und zusammen mit der Rentenversicherung und Unfallversicherung auch geschafft haben. Wirklich gut ist das alles für Deutschland aber nur dann, wenn nicht nur die BA oder andere große Bundesbehörden vorangehen.

Wirklich gut wird es – und das ist die eigentliche große Reform der staatlichen Strukturen, die wir brauchen –, wenn an den Schnittstellen zu anderen Behörden oder privaten Unternehmen dann nicht massive Medienbrüche und Stolpersteine auftauchen. Wirklich gut läuft es, wenn sich alle – auch Datenschutz-, Genehmigungs- und Sicherheitsbehörden – als gemeinsame Player verstehen, die Deutschland voranbringen wollen. Und hier habe ich nun tatsächlich Hoffnung. Der Kreis der Unternehmen und Entscheider, die das erkennen und vorantreiben, wächst. Das neue Digitalministerium kann hier eine wichtige Rolle spielen. Die weltpolitische Zuspitzung macht deutlich, dass es für uns wichtiger wird, souveräner zu werden. Es geht nicht darum, Zuständigkeiten von hier nach da zu schieben in den nächsten Jahren. Es geht darum, endlich den digitalen Anschluss zu schaffen. Wir als BA haben uns nichts weniger vorgenommen, als die modernste digitale Dienstleisterin in Europa zu werden. Und das schaffen wir auch.

Margarethenhof-Abkommen

Das Abkommen wurde am 7. September 1954 zwischen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) geschlossen – als Musterordnung und Reaktion auf damalige Überlegungen der Regierung, eine gesetzliche Zwangsschlichtung einzuführen. In zahlreichen Branchen haben die Sozialpartner infolge des Abkommens eigene tarifliche Schlichtungsordnungen abgeschlossen, wenn auch mit Modifikationen. Die zentralen Elemente des Abkommens sind die Einrichtung tariflicher Schlichtungsstellen mit paritätischer Besetzung, der automatische Beginn der Schlichtung, sobald Tarifverhandlungen scheitern, sowie eine Friedenspflicht bis zum Ende der Schlichtung.

Wir müssen wieder mehr arbeiten!

Wie wird Deutschland wieder wettbewerbsfähig? Als eine von vielen Lösungen schlagen Experten die Streichung von Feiertagen vor.

Herr Hatz, Sie fordern die Streichung von Feiertagen. Wie bringt uns das mehr Wirtschaftswachstum?

Wolfram Hatz: Die Berichterstattung hat sich leider nur auf die Debatte um die Streichung von Feiertagen verkürzt. Dabei geht es doch um viel mehr! Wir sind im dritten Rezessionsjahr und aktuell nicht konkurrenzfähig. Die Zukunftsfähigkeit unseres Standorts ist ernsthaft in Gefahr, wir stecken weiterhin in einer schwierigen Konjunktur- und Strukturkrise fest. Es muss uns klar sein, dass wir wieder wettbewerbsfähig werden und uns für Investitionen attraktiv machen müssen. Hierfür brauchen wir ein Bündel an Maßnahmen, zu denen auch die Arbeitszeit zählt.

Und wie hängt das mit den Feiertagen zusammen?

Hatz: Die Arbeits- und Lohnzusatzkosten in Deutschland sind zu hoch, was auch mit den international vergleichsweise geringen Arbeitszeiten zusammenhängt. Wir müssen wieder mehr arbeiten. Die Streichung von Feiertagen ist dabei nur eine von vielen Lösungen. Es geht uns um die viel größere gesellschaftliche Debatte, wie wir unseren Standort insgesamt wieder wettbewerbsfähig machen können.

Wie liegen wir denn bei den Arbeitszeiten im EU-Vergleich?

Hatz: Im Durchschnitt arbeiten derzeit tariflich Vollzeitbeschäftigte in Deutschland 37,7 Wochenstunden, in der EU liegt der Schnitt dagegen bei 38,2 Stunden, teilweise gehen die Werte auf bis zu 40 Stunden. Auch aufs Jahr gesehen liegen wir hinten.

So groß ist der Unterschied aber dann nicht, oder?

Hatz: Doch, weil die Wochenarbeitszeit nur ein Aspekt ist. 2023 arbeitete ein Arbeitnehmer in

»In Deutschland arbeiteten wir 2023 im Schnitt 391 Stunden weniger als in Italien und 460 Stunden weniger als in Polen.«

Wolfram Hatz,
Präsident der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft




Deutschland im Schnitt 1.343 Stunden. Das waren beispielsweise 391 Stunden weniger als in Italien und 460 Stunden weniger als in Polen. Wir haben außerdem im internationalen Vergleich mit im Schnitt 30 Tagen die meisten tariflichen oder vertraglich vereinbarten Urlaubstage. Zudem haben wir die viert-höchste Teilzeitquote in Europa – und mit rund 18,4 Stunden eine sehr kurze Arbeitszeit derer, die in Teilzeit arbeiten. Hinzu kommen der relativ hohe Krankenstand und die vergleichsweise hohe Anzahl an Feiertagen.

Wir müssen also wieder mehr arbeiten.

Hatz: Grundsätzlich ja, aber nicht alle. Uns geht es nicht um diejenigen, die bereits regulär 40 Stunden in der Woche arbeiten. Es geht auch nicht um den Einzelnen, der seine Leistung teils deutlich oberhalb der statistischen Jahresarbeitszeit erbringt.

Wie lässt sich die Arbeitszeit denn erhöhen?

Hatz: Es gibt mehrere Wege. Insbesondere bei der Teilzeit sehe ich Potenzial – oder darin, mehr Arbeitstage zu schaffen. Wichtig ist, dass wir auf mehr Flexibilität im Berufsleben setzen und früh in der Bildung ansetzen. Die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung wie die Einführung einer wöchentlichen statt einer täglichen Höchstarbeitszeit oder die Aktivrente sind dabei positive Beispiele. Uns muss aber auch klar sein, dass die Arbeitszeit nur eine von vielen Stellschrauben ist, um unseren Standort wieder wettbewerbsfähig zu machen. Insgesamt brauchen wir ein mutiges Gesamtpaket. Dazu gehört, die Energiekosten in den Griff zu bekommen, Bürokratie abzubauen, in Forschung und Entwicklung zu investieren, auf der steuerlichen Seite für Entlastungen zu sorgen und eben die Arbeitskosten zu senken. 

Sollen Handys an Schulen komplett verboten werden?

Bei 17 Prozent der Schülerinnen und Schüler ist die private Nutzung auf dem Schulgelände komplett verboten, bei weiteren 77 Prozent gibt es spezielle Regeln.



»Aufgrund der Vorbildrolle sollte das Handyverbot für Schüler, aber auch für die Lehrer gelten.«

Klaus Zierer, Professor für Schulpädagogik, Uni Augsburg

Ein eindeutiges Ja zum Handyverbot an Schulen! **Private digitale Endgeräte stören die Bildungsprozesse.** Am bekanntesten ist der Brain-Drain-Effekt, der beschreibt, dass allein die Anwesenheit des eigenen Handys die Aufmerksamkeitsfähigkeit und die Lernleistung reduzieren. Kinder und Jugendliche sind noch gar nicht in der Lage, dem Drang zu widerstehen, auf das Handy zu blicken. Empirische Studien zeigen, dass Smartphone-Verbote wirken: Schüler sprechen mehr miteinander und spielen in den Pausen zusammen. Damit steigen das Wohlbefinden und die Freude an der Schule, die für erfolgreiche Bildung wichtig sind. Das Handyverbot muss aber pädagogisch begleitet werden und ist keine generelle Absage an eine Digitalisierung. Der Dienstherr hat für eine digitale Schuluniform, also einheitliche schulische Geräte, zu sorgen – für Schüler und Lehrer.



»Wenn wir Bildung ernst nehmen, müssen wir Kinder auch in ihrer Lernumgebung schützen.«


Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes

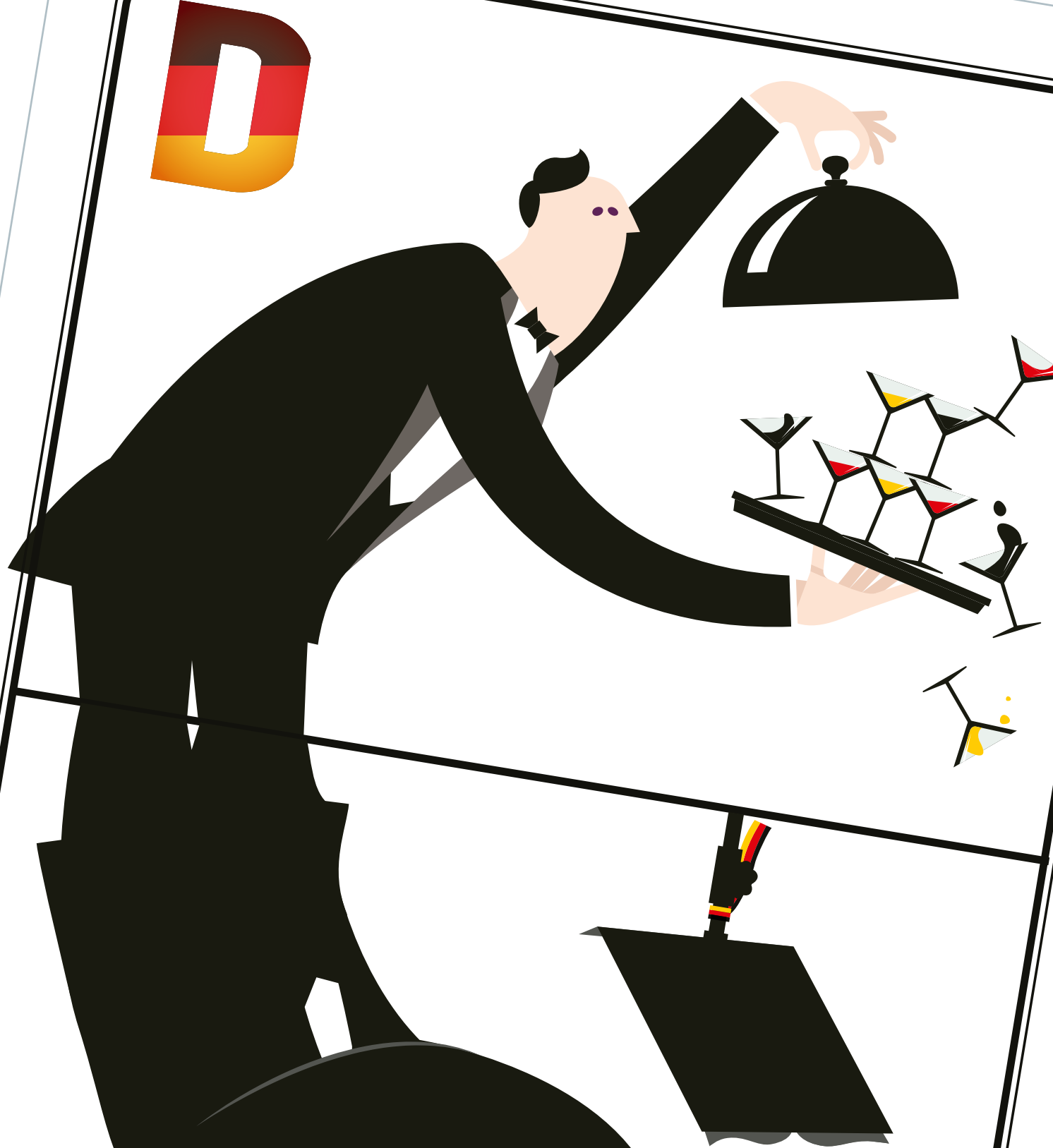
Cybermobbing und sozialer Druck unter Jugendlichen nehmen zu und das Miteinander in der Klasse leidet. Dänemark geht da mit gutem Beispiel voran, indem Privathandys vor dem Unterricht weggeschlossen werden. Das bedeutet nicht, dass wir gegen den sinnvollen Einsatz von digitalen Geräten im Unterricht wären. Aber **Schule sollte kein digitaler Marktplatz für soziale Netzwerke sein** – sie muss ein Raum für Bildung, Persönlichkeitsentwicklung und respektvollen Austausch bleiben. Die Sucht von Kindern und Jugendlichen nach digitalen Handynews kann jedoch nicht durch Schulvorschriften allein verändert werden. Hier brauchen wir die **gemeinsame Verantwortungsübernahme von Schule und Elternhaus** sowie den gesellschaftlichen Zusammenschluss für eine gute Erziehung und Bildung unserer Kinder.



»Bildung, die sich der Wirklichkeit des Alltags entzieht, bildet an der Realität vorbei. Ein Verbot lehnen wir ab.«

Fabian Schön, Generalsekretär, Bundesschülerkonferenz

Nur mit der Integration der mobilen Endgeräte in den Schulalltag und digitaler Bildung können wir Schüler:innen auf die Realität vorbereiten. Insbesondere aufgrund der aktuellen politischen Radikalisierung müssen wir unseren Schüler:innen Mittel an die Hand geben, um Informationen kritisch zu hinterfragen, zu recherchieren und zu analysieren. Nur so können wir uns vor Desinformationen, Populismus und Ideologien schützen. Projekte zur Medienbildung, Prävention und psychischen Gesundheit müssen gefördert werden. Ein pauschales Verbot ist nicht nur praxisfern, sondern gefährlich kurz gedacht. Ein solches Verbot würde vor allem die treffen, die ohnehin schon benachteiligt sind. In vielen Schulen mangelt es an digitaler Infrastruktur und das private Gerät ist häufig die einzige Möglichkeit, um die digitale Welt zu integrieren. 



Wie wird der Staat modern?

Der deutsche Staat wächst stetig und verliert an Handlungsfähigkeit und Vertrauen. Er muss sich modernisieren. Welche Rolle muss er einnehmen, um Gesellschaft und Wirtschaft wirklich voranzubringen?

Er prüft, reguliert und bremst. Und immer häufiger scheint er keine Antworten zu finden auf die drängenden Probleme dieser Zeit. Laut einer Studie, die 2024 im Auftrag des Beamtenbundes (DBB) durchgeführt wurde, hielten 70 Prozent der Menschen in Deutschland den Staat in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme für überfordert. Ein erschreckendes, aber wenig verwunderliches Ergebnis. Denn während Ministerien sich aufblähen, Behörden in Papierkram versinken und der Apparat Milliarden auf Pump verteilt, stauen sich an anderer Stelle die Versäumnisse: bröckelnde Schulfassaden, einstürzende Brücken, zu wenig Munition für die Truppe, Tausende sanierungsbedürftiger Schienenkilometer und eine Digitalisierung, die weiterhin nur im Schneckentempo vorankommt. Selten zuvor lagen die Wunden des Staates so offen wie heute. Und die Wirtschaft spürt beides: zu viel Eingriff, zu wenig Sinn für gangbare Lösungen. Wer heute ein Unternehmen führt, investiert oder einfach nur baut, der erlebt einen Staat, der gleichzeitig alles im Auge haben will und doch immer öfter den Überblick verliert. Dabei ist er es, der den Menschen dienen soll, nicht andersherum.

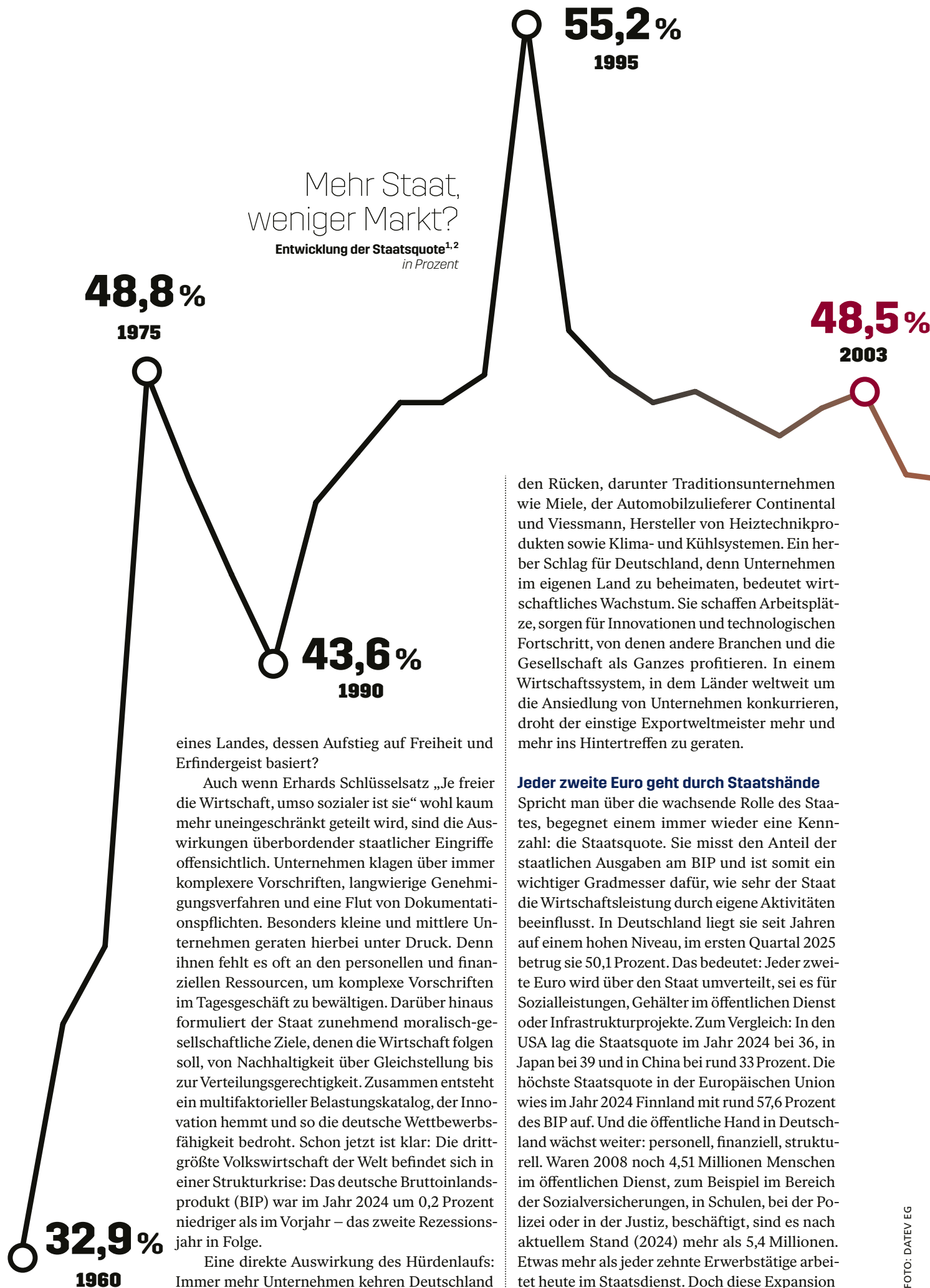
Was der Vater des deutschen Wirtschaftswunders Ludwig Erhard (CDU) einst als wachsame Ordnungsinstanz der Sozialen Marktwirtschaft entwarf – als einen

Staat, der klare Regeln setzt, sich aber weitestgehend aus dem Marktgeschehen heraushält, um Wohlstand für alle zu ermöglichen –, hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Dirigenten entwickelt. Ob bei Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit, Innovationsförderung, Krisenabwehr oder Sicherheit – die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist immens. Angesichts dieser Entwicklungen drängt sich die Frage auf, wie viel Staat es für ein funktionierendes Gemeinwesen, eine florierende Wirtschaft und eine freie Gesellschaft wirklich braucht. Ist der Staat noch Diener des Volkes und Ermöglicher der Wirtschaft oder schon längst ein Dirigent, der seine Partitur aus den Augen verloren hat? Und was bedeutet das für die wirtschaftliche Substanz ▶

»Wir sind auf dem Weg von einer risikobereiten Leistungsgesellschaft zu einer Versicherungsgesellschaft mit übertriebenem Sozialnetz.«

Prof. Reiner Kirchdörfer,
Vorstand der Stiftung
Familienunternehmen





eines Landes, dessen Aufstieg auf Freiheit und Erfindergeist basiert?

Auch wenn Erhards Schlüsselsatz „Je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie“ wohl kaum mehr uneingeschränkt geteilt wird, sind die Auswirkungen überbordender staatlicher Eingriffe offensichtlich. Unternehmen klagen über immer komplexere Vorschriften, langwierige Genehmigungsverfahren und eine Flut von Dokumentationspflichten. Besonders kleine und mittlere Unternehmen geraten hierbei unter Druck. Denn ihnen fehlt es oft an den personellen und finanziellen Ressourcen, um komplexe Vorschriften im Tagesgeschäft zu bewältigen. Darüber hinaus formuliert der Staat zunehmend moralisch-gesellschaftliche Ziele, denen die Wirtschaft folgen soll, von Nachhaltigkeit über Gleichstellung bis zur Verteilungsgerechtigkeit. Zusammen entsteht ein multifaktorieller Belastungskatalog, der Innovation hemmt und so die deutsche Wettbewerbsfähigkeit bedroht. Schon jetzt ist klar: Die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt befindet sich in einer Strukturkrise: Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2024 um 0,2 Prozent niedriger als im Vorjahr – das zweite Rezessionsjahr in Folge.

Eine direkte Auswirkung des Hürdenlaufs: Immer mehr Unternehmen kehren Deutschland

den Rücken, darunter Traditionsunternehmen wie Miele, der Automobilzulieferer Continental und Viessmann, Hersteller von Heiztechnikprodukten sowie Klima- und Kühlsystemen. Ein herber Schlag für Deutschland, denn Unternehmen im eigenen Land zu beheimaten, bedeutet wirtschaftliches Wachstum. Sie schaffen Arbeitsplätze, sorgen für Innovationen und technologischen Fortschritt, von denen andere Branchen und die Gesellschaft als Ganzes profitieren. In einem Wirtschaftssystem, in dem Länder weltweit um die Ansiedlung von Unternehmen konkurrieren, droht der einstige Exportweltmeister mehr und mehr ins Hintertreffen zu geraten.

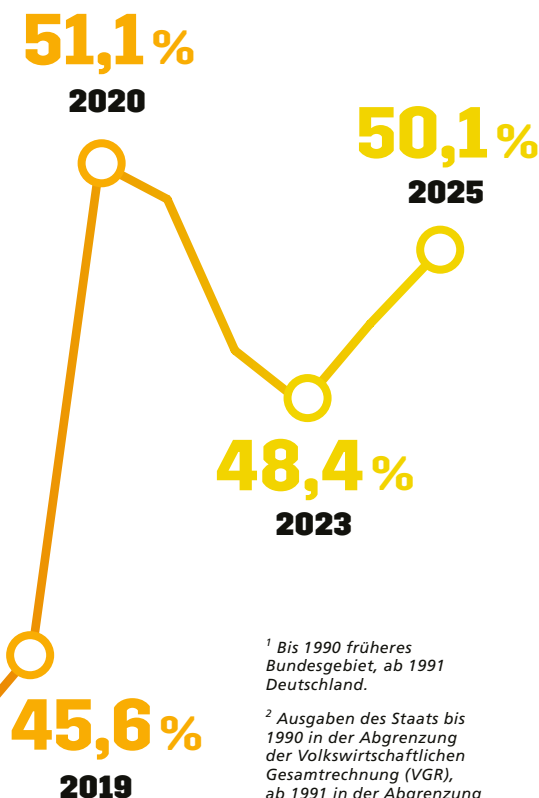
Jeder zweite Euro geht durch Staatshände

Spricht man über die wachsende Rolle des Staates, begegnet einem immer wieder eine Kennzahl: die Staatsquote. Sie misst den Anteil der staatlichen Ausgaben am BIP und ist somit ein wichtiger Gradmesser dafür, wie sehr der Staat die Wirtschaftsleistung durch eigene Aktivitäten beeinflusst. In Deutschland liegt sie seit Jahren auf einem hohen Niveau, im ersten Quartal 2025 betrug sie 50,1 Prozent. Das bedeutet: Jeder zweite Euro wird über den Staat umverteilt, sei es für Sozialleistungen, Gehälter im öffentlichen Dienst oder Infrastrukturprojekte. Zum Vergleich: In den USA lag die Staatsquote im Jahr 2024 bei 36, in Japan bei 39 und in China bei rund 33 Prozent. Die höchste Staatsquote in der Europäischen Union wies im Jahr 2024 Finnland mit rund 57,6 Prozent des BIP auf. Und die öffentliche Hand in Deutschland wächst weiter: personell, finanziell, strukturell. Waren 2008 noch 4,51 Millionen Menschen im öffentlichen Dienst, zum Beispiel im Bereich der Sozialversicherungen, in Schulen, bei der Polizei oder in der Justiz, beschäftigt, sind es nach aktuellem Stand (2024) mehr als 5,4 Millionen. Etwas mehr als jeder zehnte Erwerbstätige arbeitet heute im Staatsdienst. Doch diese Expansion

hat ihren Preis. Denn mit dem Ausbau staatlicher Aktivitäten steigt nicht zwangsläufig die Qualität staatlicher Leistungen, wohl aber die strukturelle Abhängigkeit von ihnen.

Laut Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke, Hauptgeschäftsführer von HANDWERK.NRW, führt eine hohe Staatsquote dazu, dass der Staat sich mit seinen widersprüchlichen Eingriffen in den Markt immer mehr verzettelt. „Ihm fehlt schlichtweg das Wissen, eine komplexe Volkswirtschaft auf bestimmte Verteilungsergebnisse oder Innovationsziele hin zu steuern.“ Der wachsende Einfluss des Staates verändert das Kräfteverhältnis zwischen Markt, Politik und Gesellschaft – mit weitreichenden Folgen. Wo der Staat dauerhaft zur treibenden Kraft im Wirtschaftsgefüge wird, schwinden Marktkräfte, Innovationsanreize – und am Ende auch Freiheitsräume. Für viele Ökonomen manifestiert sich hier ein Kipppunkt. „Der Staat verleitet Unternehmen durch seinen Aktionismus dazu, ihre Strategien immer weniger am Wettbewerb und immer mehr an Subventionen auszurichten“, sagt Hennecke. „So bleibt viel Wissen, das im Markt steckt, ungenutzt.“ Das unterstreicht auch Prof. Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen: „In der Finanzkrise, der europäischen Staatsschuldenkrise und während Corona hat die Politik das Versprechen gemacht, die Risiken nach dem Motto ‚Whatever it takes‘ abzuschirmen. Wir sind auf dem Weg von einer Leistungsgesellschaft mit Risikobereitschaft zu einer Versicherungsgesellschaft mit übertriebenem Sozialnetz.“ Es droht laut Kirchdörfer ein Neo-Etatismus, der unternehmerische Initiative erstickt und dem Staat immer mehr Aufgaben überantwortet und Einfluss zugesteht.

Die Gesellschaft und die Wirtschaft stehen in einem ambivalenten Verhältnis zum Staat: Einerseits wächst der Ruf nach Schutz, Absicherung und Fürsorge – von der Abwrack- bis zur Coronaprämie, von der Energiekostenbremse bis zur E-Auto-Förderung. Der Staat soll im Notfall einspringen, stabilisieren und kompensieren. Was in Deutschland als temporäre Ausnahme, etwa zur Krisenbewältigung, galt, droht sich zu verfestigen. Andererseits regt sich Widerstand, wenn derselbe Staat reguliert, eingreift oder steuert, etwa mit Berichtspflichten, Lieferkettengesetzen oder steuerlichen Belastungen. Es ist eine Art doppelter Reflex, der das Verhältnis zum Staat prägt: maximale Erwartung bei minimaler Einmischung. Und genau darin liegt eine der zen- ▶



¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

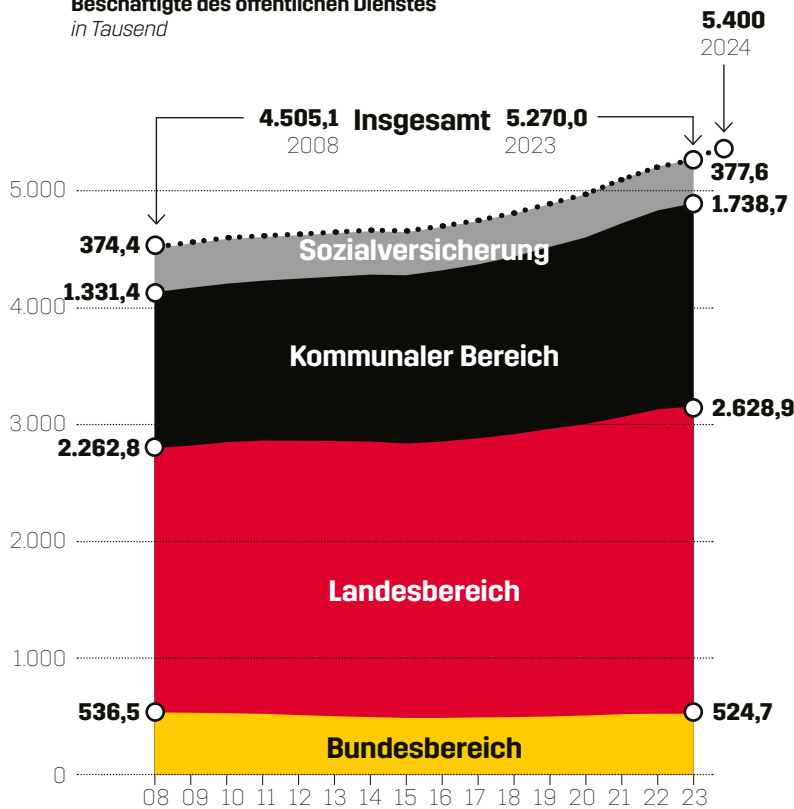
² Ausgaben des Staats bis 1990 in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). 2021 bis 2024: vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2025.

»Deutschland braucht einen neuen Pragmatismus, der dem altbewährten Prinzip ›so viel Staat wie nötig, so wenig wie möglich‹ folgt.«

Prof. Dr. Robert Mayr,
CEO der DATEV eG

Der Staat stellt ein

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes
in Tausend



Sozialversicherung: Einschließlich Bundesagentur für Arbeit.
Quelle: © Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025 | Stand: 17.06.2025

tralen Spannungen unserer Zeit, nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch.

„Die Vorstellung, der Staat sei per se ein Hindernis für wirtschaftliches Wachstum, greift zu kurz und kann in der Umsetzung eine Gefahr für die Demokratie werden“, sagt hingegen Felix Banaszak, Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen. Es seien gerade staatliche Investitionen, kluge Regulierung und starke öffentliche Institutionen, die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und Minderheitenrechte sichern – von Bildung

über Infrastruktur bis zur Innovationsförderung. Blicke man etwa in die USA, sehe man, wie gefährlich ein zu schwacher Staat sein kann. Die Unternehmen sehen das oftmals anders. Je mehr der Staat vorgibt, desto enger werden die Handlungsspielräume für sie. Die Folge ist ein Regelwerk, das eher lähmt als schützt, eher hemmt als befähigt – mit direkten Auswirkungen für Menschen mit Ideenreichtum, wie Prof. Dr. Robert Mayr, CEO vom Softwaredienstleister DATEV, konstatiert: „Der Mittelstand leidet besonders unter der Komplexität und der Fragmentierung von Gesetzen, so zu beobachten beispielsweise beim Baurecht oder bei der Mietpreisbremse. Viele Unternehmen verstehen die Vorgaben kaum noch. Die Angst vor Regelverstößen führt dazu, dass Unternehmen gesetzliche Anforderungen besonders strikt und bürokratisch auslegen, was Innovationen bremst.“

Und der Staat wächst auch personell. Allein Länder und Kommunen haben ihr Personal in den 15 Jahren von 2008 bis 2023 von zusammen knapp 3,6 Millionen Beschäftigten auf 4,3 Millionen erhöht. Das ist ein Plus von über 21 Prozent. Diese Personalsteigerung kostet schätzungsweise mehr als 50 Milliarden Euro pro Jahr.

Bürokratiemonster Deutschland

„Wir sehen seit Langem eine zunehmende Überregulierung und Bürokratisierung, die die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der deutschen Wirtschaft unterminieren“, sagt Mayr. Und klar ist: Bürokratie kostet – nicht nur Zeit, sondern auch Wachstum. Die Ergebnisse einer Studie des ifo Instituts zeigen: Hätte Deutschland bereits 2015 konsequent Bürokratie abgebaut, läge das BIP pro Kopf heute um fast 2.500 Euro höher. Stattdessen stagniert der Verwaltungsaufwand auf hohem Niveau, während andere Länder ihn schon deutlich gesenkt haben. Der ökonomische Schaden: rund 146 Milliarden Euro jährlich. Besonders problematisch wird Bürokratie dort, wo sie staatliche Verantwortung an Unternehmen delegiert – mit kaum zu bewältigendem Aufwand für den Mittelstand, sagt Kirchdörfer: „Der Staat legt Unternehmen Aufgaben auf, für die er im Kern selbst zuständig ist. Beispiele dafür sind das Lieferkettengesetz und das EU-Entwaldungsgesetz. Ein deutsches Unternehmen, das Kartonagen bezieht, soll nachweisen, dass dafür kein Urwald gerodet worden ist. Dafür muss dieses Familienunternehmen 15.000 Sorgfaltspflichtenklärungen vorlegen – ein Wahnsinn.“

Ein System, das eigentlich Orientierung geben soll, erzeugt so vor allem Unsicherheit. Und lähmt genau jene Kräfte, auf die eine funktionierende Gesellschaft angewiesen ist. „Wir versu-

»Der Staat hat eine notwendige, aber begrenzte Rolle. Das war die Botschaft von Ludwig Erhard. Diese Einsicht gerät allerdings im alltäglichen Dirigismus arg unter die Räder.«

Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke,
Hauptgeschäftsführer von
HANDWERK.NRW





chen staatlicherseits oft, alle Details des komplexen realen Lebens vorab gesetzlich zu antizipieren. Das kann aber gar nicht funktionieren“, sagt Mayr. Doch es bleibt nicht bei der Feststellung. Zunehmend formiert sich der Wille, Strukturen zu verändern. Der Staat muss künftig wieder handlungsfähiger, effizienter und zugleich wirtschaftsfreundlicher werden, darin sind sich die einzelnen Akteure einig: „Wir brauchen eine Rückbesinnung auf die Prinzipien unserer Marktwirtschaft und das erfordert grundlegende, strukturelle Reformen und Deregulierung.“ Das bestätigt auch Hennecke von HANDWERK.NRW: „Eine politische Ordnung wird ihren freiheitlichen Charakter nur wahren können, wenn das Prinzip der Freiheit auch in wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen gelebt wird und für die Menschen Selbstwirksamkeit erfahrbar ist.“ Die Erkenntnis, dass es so nicht weitergehen kann, gewinnt zunehmend an Gewicht – auch außerhalb der Wirtschaft.

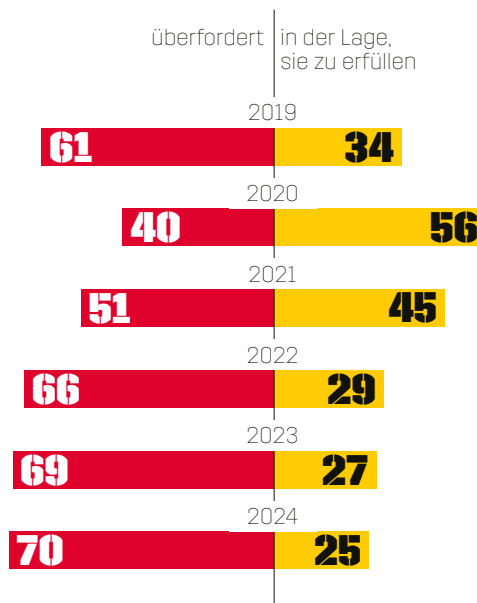
Neustart statt Flickschusterei

Die „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“, gegründet im Sommer 2024, will bei der Modernisierung unterstützen und der Politik beratend zur Seite stehen. Hinter dem Projekt stehen die ehemalige Medienmanagerin Julia Jäkel, Ex-Verteidigungsminister Thomas de Maiziére, der frühere Finanzminister Peer Steinbrück und Andreas Voßkuhle, der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Ihr Ziel: den Staat zukunftsfest machen. Rund 50 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft haben dafür in sieben Arbeitsgruppen konkrete Vorschläge erarbeitet – etwa zur Digitalisierung, zu schlankeren Verfahren oder zu klareren Verantwortlichkeiten. Die Initiative will nicht nur reparieren, sondern Dinge neu denken, damit der Staat wieder leisten kann, was er verspricht. In ihrem Zwischenbericht aus März 2025 heißt es: „Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Staates schwindet, und damit schwindet auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie. Dieses Vertrauen müssen wir zurückgewinnen. Dafür sind tiefgreifende Reformen notwendig. Mit diesem Zwischenbericht möchten wir [...] dazu beitragen, Blockaden und Selbstblockaden staatlichen Handelns aufzulösen.“ Im Juli 2025 will die Initiative ihren Abschlussbericht vorlegen. Mit dem neuen Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung wurde schon jetzt eine der Schlüsselempfehlungen umgesetzt. Problem erkannt, aber nicht gebannt. Denn nun gilt es, zu liefern und den Apparat nicht noch weiter aufzublähen. Mit Karsten Wildberger, vorher Chef von Media-Markt-Saturn, hat es jedenfalls

Quellen: dbb Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst 2024“; The Pioneer, veröffentlicht am 21.03.2025

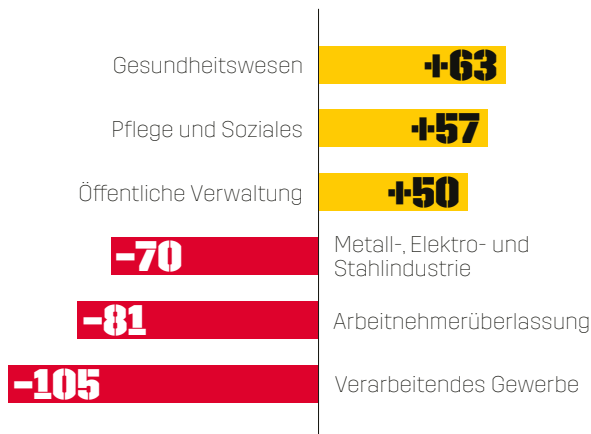
Meinungen zur Handlungsfähigkeit des Staates

„Der Staat ist in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme“
in Prozent



Mehr Beamte, weniger Industrie

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
nach Wirtschaftszweigen.
Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
Dezember 2023/2024 in Tausend



ein der Praxis nahestehender Mann bekommen, ganz wie von der Initiative angedacht: „Das neue Ministerium ist schlank, aber mit Entscheidungsmacht ausgestattet. Es verfügt über Erfahrung aus der Managementpraxis, aus der Verwaltung und Gesetzgebung.“

Und auch wenn man keine Wunder erwarten kann, für seinen Effizienzgedanken bekommt das Vorhaben positive Resonanz: „Das neue Digitalministerium kann ein kluger Schritt sein“, sagt Banaszak. „Entscheidend ist aber, dass Digitalisierung zur Chefsache wird – mit klaren Zuständigkeiten, echten Standards für Interoperabilität und einem politischen Anspruch, Wirtschaft, Verwaltung und Forschung besser zu vernetzen. Wer den digitalen Staat will, muss ihn endlich systematisch bauen.“ Wenn es ein Erfolgsrezept für wirtschaftlichen Aufbruch gäbe, dann wäre eine funktionierende Digitalisierung ein zentraler Bestandteil. Doch genau daran hapert es. Die IT-Landschaft des Staates ist ein Flickenteppich – allein auf Landkreisebene existieren über 400, auf Gemeindeebene mehr als 10.000 unterschiedliche Betriebslösungen. Große Projekte kommen nur schleppend voran, Entscheidungen zwischen Bund und Ländern ziehen sich, Verbindlichkeit fehlt. Das bestätigt auch Banaszak: „Dass wir hier hinterherhinken, liegt nicht am fehlenden Willen, sondern an einem über Jahrzehnte gewachsenen System föderaler Zersplitterung. Unterschiedliche Zuständigkeiten, inkompatible IT-Strukturen und ein Mangel an zentraler Steuerung haben echten Fortschritt ausgebremst.“ Und trotz der gewaltigen Herausforderungen: „Digitalisierung muss kein Mammutprojekt sein“, sagt DATEV-CEO Mayr. „Erste einfache Schritte wie das Fotografieren von Belegen und Nachweisen mit dem Smartphone bringen bereits große Effizienzsteigerungen.“

Das zeigt auch die ifo-Studie zum Bürokratieabbau: Ein Digitalisierungsschub könnte die Produktivität um bis zu 2,7 Prozent steigern – vor allem dort, wo der bürokratische Aufwand besonders hoch ist. Im Verwaltungskontext ist es Mayr zufolge außerdem wichtig, erst einmal das Fundament für eine erfolgreiche Digitalisierung zu legen: weniger Schriftformerfordernisse, einfach nutzbare digitale Identitäten mit breiten Anwendungsfällen und Prozesse, die die Realität im Wirtschaftsleben abbilden, statt zusätzliche Komplexität zu schaffen. „Und ein auf die Bürger mehr Modernität ausstrahlender Staat baut auch wieder zusätzliches Vertrauen in den wirtschaftlichen Erfolg und den Erhalt des Wohlstands unseres Landes auf.“

Vertrauen ist hierbei ein Faktor, der auf beiden Seiten gleichermaßen von Bedeutung ist. Ein starker Staat sollte genauso bei seinen Bürgerinnen und Bürgern und damit auch bei der Wirtschaft

darauf bauen, dass sich das Gros an die Regeln hält, denn „wir haben in diesem Land in großer Mehrheit ehrliche Unternehmerinnen und Unternehmer“, sagt Mayr. „Aus ihrer Eigenverantwortung heraus sind sie in der Lage, die unterschiedlichen Bedarfe am Markt zu bedienen. Übermäßige Regulierung wie sie beim AI-Act der EU zu beobachten ist, gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit Europas.“ Vertrauen bedeutet nicht, auf Kontrolle zu verzichten – sondern sie gezielter und effektiver einzusetzen. Die „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ schreibt dazu in ihrem Bericht: „Wer bei sich alles in Ordnung hält, wird entlastet. Wer dieses Vertrauen missbraucht, wird härter als heute sanktioniert. Das ist fair und gerecht.“

Der Staat ächzt. Aber er ist nicht ohnmächtig. Gerade in Zeiten tiefgreifender Veränderungen braucht es keinen größeren Staat, sondern einen besseren: einen, der Prioritäten setzt, Freiräume lässt und Vertrauen zu seinen Bürgern und Unternehmen hat. „Eine gerechte Gesellschaft“, sagt Grünen-Chef Banaszak, „braucht einen Staat, der Freiheit schützt, soziale Gerechtigkeit herstellt und faire Chancen für alle ermöglicht. Er soll Rahmen setzen, wo nötig, aber Raum lassen, wo möglich.“ Die kommenden vier Jahre werden zeigen, ob die Transformation gelingt – vom Dirigenten zum Diener von Gesellschaft und Wirtschaft. Zu einem Staat, in dem sich im Zweifel sogar ein Ludwig Erhard wohlfühlen könnte: „Ich will mich aus eigener Kraft bewähren; ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“ P

**»Der Markt ist ein
starkes Instrument,
aber kein Garant für
Gerechtigkeit.**

**Es braucht staatliche
Leitplanken beim
Kampf gegen
Monopole oder gegen
die Klimakrise.«**

Felix Banaszak, Bundesvorsitzender
von Bündnis 90/Die Grünen





**»Die hohe
Staatsquote ist
eine Belastung.
Viele der staatlichen
Aktivitäten
bremsen Innovation
und Wachstum.«**

Veronika Grimm über Gründe für die mangelnde
Attraktivität des Standortes Deutschland

»Kettensäge oder Gartenschere?«

Die Ökonomin **VERONIKA GRIMM** beobachtet die marktwirtschaftlichen Reformen von Argentiniens Präsident Javier Milei mit Interesse. Ihr Wunsch für Deutschland: dass die Bevölkerung aufwacht und sich die Politik auf Reformen für mehr Wachstum einlässt.

Frau Grimm, die Staatsquote hat fast 50 Prozent erreicht. Die Hälfte des von den Bürgern erwirtschafteten Gelds geht durch die Hände des Staates. Dem früheren Bundeskanzler Helmut Kohl wird der schöne Satz zugeschrieben: Ab 50 Prozent beginnt der Sozialismus. Ist Deutschland mit seiner hohen Staatsquote noch eine soziale Marktwirtschaft?

Veronika Grimm: Ich würde das nicht nur an der Staatsquote festmachen, aber mir macht das schon Sorgen. Wir haben unsere soziale Marktwirtschaft immer mehr ausgehöhlt dadurch, dass wir an allen möglichen Ecken und Enden noch Dinge dazugebaut haben, um in vielen einzelnen Politikfeldern eine Scheingerechtigkeit herzustellen. Das System wird immer undurchsichtiger, es gibt keinen Kompass mehr. Es wäre schon angezeigt, zu konsolidieren.

Konsolidieren heißt kürzen?

Grimm: Konsolidieren heißt, das System so aufzustellen, dass es wieder funktionsfähig wird. Und der Versuchung nicht zu erliegen, an allen möglichen weiteren Stellen Reparaturen vorzunehmen, die zum Scheitern verurteilt sind. Zur Absicherung haben wir schon ein soziales Sicherungssystem, das menschenwürdig helfen soll, wo wirklich Bedürftigkeit vorliegt.

Ist die hohe Staatsquote eine Belastung oder eine Stütze für das wirtschaftliche Wohlbefinden in Deutschland?

Grimm: Sie ist eine Belastung. Viele der staatlichen Aktivitäten bremsen Innovation und Wachstum – durch Bürokratie, unwirksame oder redundante Regulierung in den Bereichen Umweltschutz und Klima, durch inflexible Arbeitsmarktregulierung und überzogene Vorschriften beim Datenschutz und für KI-Anwendungen. Wir haben für Unternehmer viele Hürden etabliert, die die Attraktivität des Standorts schmälern. Da gehen Unternehmer lieber ins Ausland – selbst innerhalb der EU, etwa in Dänemark oder Estland, können sie ihre Vorhaben einfacher umsetzen.

Vita

Veronika Grimm

ist die unbeugsame „Wirtschaftsweise“, die seit 2020 im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für produktive Unruhe sorgt. In vielen Minderheitenvoten wirbt sie in ordoliberaler Tradition immer wieder für mehr Marktwirtschaft und für einen Staat, der seine Grenzen erkennt. Seit 2008 lehrte und forschte sie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, seit dem vergangenen Jahr an der neuen Technischen Universität Nürnberg.

Die neue Bundesregierung hat den 500-Milliarden-Euro-Schuldentopf aufgelegt, um die schlechte Infrastruktur zu verbessern. Auf Sicht von zwölf Jahren macht das etwa 42 Milliarden Euro im Jahr. Dem stehen Staatsausgaben von Bund, Ländern und Kommunen von etwa 1.200 Milliarden Euro im Jahr entgegen. Warum schaffen es Politiker nicht, aus diesen 1.200 Milliarden Euro 42 Milliarden Euro herauszuschneiden, um Infrastruktur ohne Schulden zu finanzieren?

Grimm: Vieles ist im Haushalt zementiert durch zum Beispiel die sozialen Sicherungssysteme, Rentenversicherung, Gesundheitssystem, Pflegeversicherung, auch die Beamtenversorgung. Allein der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung nähert sich einem Drittel des Bundeshaushalts. Dann hat man die Kosten für die eigentliche Verwaltung, man hat die Subventionen, die immer mehr zugenommen haben. Aktuell plant man die Ausweitung der Mütterrente, der Pendlerpauschale, die weiter reduzierte Mehrwertsteuer für die Gastronomie, die Subvention für den Agrardiesel. Es gibt nur wenige, die sagen: Wir sollten substanziell Posten kürzen. In der gesetzlichen Rentenversicherung hieße das: das Renteneintrittsalter anheben und die Rente ab 63 wieder abschaffen, Bestandsrenten an die Inflation statt an die Löhne koppeln. Das sind alles Dinge, mit denen sich Politiker unbeliebt machen – man macht also lieber immer mehr Schulden und redet den jungen Menschen ein, es sei zu ihrem Besten. Aber eigentlich muss im Haushalt konsolidiert werden durch Reformen. Dazu sollte die Politik den Mut haben, um Investitionen in die Infrastruktur nicht über Schulden zu finanzieren.

In Argentinien hat Präsident Javier Milei erfolgreich den Staat „mit der Kettensäge“ zurückgeschnitten. Für Deutschland wird von Ordoliberalen immer empfohlen, mit der Gartenschere zu hegen und zu pflegen. Was meinen Sie: Kettensäge oder Gartenschere?

Grimm: Ich vermute, dem Deutschen widerstrebt die Metapher der Kettensäge. Man sollte sich

dennoch anschauen, was in Argentinien passiert ist. Das ist durchaus beeindruckend. Der Deregulierungsminister Federico Sturzenegger hat die Deregulierung und die Revitalisierung der Marktwirtschaft über Jahre vorbereitet – übrigens ursprünglich für Mileis Konkurrentin bei den Präsidentschaftswahlen. Er hat sich dezidiert angeguckt, welche Gesetze die Unternehmen behindern. Dann hat er in einem zweiten Schritt überlegt: Welche Gesetze können wir ganz abschaffen, und welche müssen wir ändern? Bei denen, die abgeschafft werden konnten, hat er gesagt: Wir gehen lieber einen Schritt zu weit als einen Schritt zu wenig. Wenn es übers Ziel hinausschießt, machen wir es eben rückgängig. Argentinien ist schon ein gutes Beispiel, wie es funktionieren kann. Die Wirtschaft entwickelt sich dynamisch. Die Inflation ist massiv zurückgegangen. Die gemessene Armutsrate war zunächst angestiegen, dann aber deutlich zurückgegangen. Die Zustimmung zu Milei blieb lange hoch, mittlerweile macht sich auch Unzufriedenheit breit – nicht zuletzt, weil viele Subventionen gestrichen wurden, etwa bei Energiepreisen. Es gelingt jedoch durchaus, die Voraussetzungen für einen strukturellen Aufschwung zu schaffen. Man sieht an Milei auch, dass man heutzutage die Leute von marktorientierten Ansätzen nur durch relativ krasse und populistische Narrative überzeugen kann. Das kann man schade finden, aber wir leben in einer Zeit, in der Populismus eben wieder mehr verfängt. Mit einer aufgeklärten, vernünftigen Stimme der Mitte ist derzeit leider kein Blumentopf zu gewinnen. Das gilt aktuell links wie rechts wie bei den Liberalen gleichermaßen. Man sollte sich von Argentinien einiges, aber sicher nicht alles abgucken.

Der Dollar steht unter Druck. Wäre es wünschenswert, dass der Euro ihn ablöst und zur Weltwährung würde?

Grimm: Das kann man sich wünschen, das wäre aber noch ein langer Weg.

Der amerikanische Präsident Donald Trump beklagt, dass mit dem ständigen Kapitalzufluss der Dollar aufwertet und die Industrie aus den USA gedrängt werde. Würde das mit dem Euro als

Weltwährung zum europäischen Problem?

Grimm: Man hätte im Prinzip günstigere Finanzierungskonditionen, weil die Weltwährung stärker nachgefragt wird. Aber der Euroraum ist finanziell fragmentierter, sodass man nicht zwangsläufig ähnliche Vorteile wie die USA hätte, aber makroökonomische Lasten durch die Aufwertung und die geringere Wettbewerbsfähigkeit. Ich sehe im Übrigen keine Ablösung des Dollar – das Privileg wird schleichend relativiert, aber nicht abrupt beendet werden.

Warum kommt Amerika mit dem Strukturwandel zu Dienstleistungen besser klar als Deutschland?

Grimm: In vielen industrialisierten Volkswirtschaften sieht man diese Entwicklung von der Industrie hin zu den Dienstleistungen. In Deutschland beginnt das jetzt auch. Aber es gibt einen großen Unterschied. In den Vereinigten Staaten verschiebt sich die Wirtschaftsleistung hin zum Technologie-sektor im Dienstleistungsbereich – Digitalisierung, KI und all diese Sachen. Der Strukturwandel in den USA geht so mit einem deutlichen Produktivitätsschub einher, während wir in Europa und insbesondere in Deutschland durch viele Vorschriften für die Künstliche Intelligenz oder die Gentechnik Entwicklungen blockieren. In Deutschland wird der Dienstleistungssektor so zwar wichtiger, aber die Arbeitskraft verschiebt sich hin zu weniger produktiven Bereichen: Pflege, Gesundheit, öffentliche Verwaltung. Das ist ein Problem, weil uns das in die Stagnation führt.

Was empfehlen Sie Wirtschaftsministerin Frau Katherina Reiche als dringlichste Maßnahme für mehr Wachstum?

Grimm: Der allerwichtigste Punkt wäre Deregulierung. Wir müssen Regeln, die den Wettbewerb schützen, konsequent durchsetzen und Regeln abschaffen oder anpassen, die Innovationen behindern. Eine Gefahr, die zu wenig beachtet wird, ist, dass wir unwiederbringlich hinter die USA und auch hinter China zurückfallen. Ich denke an die Lieferkettenrichtlinie, ich denke an die Taxonomie ...

... Sie meinen die Regeln, mit denen die EU bestimmt, welche Technologien nachhaltig seien ...

Grimm: Genau. Diese Regeln sind redundant, weil der europäische Emissionshandel dafür sorgen kann, dass man die negativen Externalitäten der CO₂-Emissionen im Griff hat. Es gibt viele andere Bereiche, in denen Regulierung den technologischen Fortschritt hemmt: Arbeitsrecht, Datenschutzvorschriften, Exportkontrolle, restriktive Vorgaben für Gentechnik, Nukleartechnik und Weiteres. Man könnte in diesen Bereichen das Regulierungsdickicht lichten, ohne irgendeinen Schaden anzurichten. Das Zweite sind Reformen in den sozialen Sicherungssystemen. Dann geht es um steuerliche Rahmenbedingungen.

Sie denken an Steuersenkungen?

Grimm: Wir sind im Bereich der Unternehmenssteuer ein Hochsteuerland. Wir gehören in Deutschland mit einem Steuersatz von 30 Prozent zu den Ländern mit dem höchsten Steuersatz. Das macht den Standort unattraktiv. Ich denke, man sollte unmittelbar ungefähr fünf Prozent absenken. Jetzt will man Superabschreibungen machen und dann erst stückweise den Steuersatz senken. Das ist problematisch, weil Unsicherheit bestehen bleibt. Ob man die Kraft findet, kurz vor den nächsten Wahlen noch Steuersenkungen zu initiieren, steht ja in den Sternen.

Geht es Deutschland wirtschaftlich schlecht genug, damit Reformen wirklich machbar sind?

Grimm: Es geht uns vielleicht noch nicht schlecht genug, um den massiven Handlungsbedarf wirklich anzuerkennen. Die Krisen reißen nicht ab und immer werden noch diese Narrative befördert, dass man eigentlich nur so ein bisschen den richtigen Impuls brauche, um wieder auf den Wachstumspfad zu kommen. Es ist aber wichtig, dass die Bevölkerung auch in Deutschland merkt, dass man Reformen anstrengen muss, die uns auf die unsicheren weltpolitischen Zeiten vorbereiten. Das gilt für die Wirtschaftspolitik und die Verteidigung.

Frau Grimm, danke für das Gespräch.

Das Gespräch führte Patrick Welter

**»Wir müssen Regeln,
die den Wettbewerb
schützen, konsequent
durchsetzen und Regeln
abschaffen oder anpassen,
die Innovationen
behindern.«**

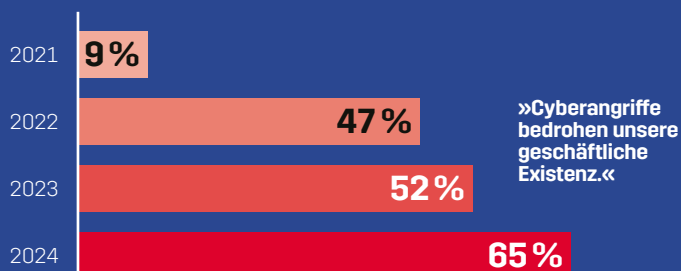
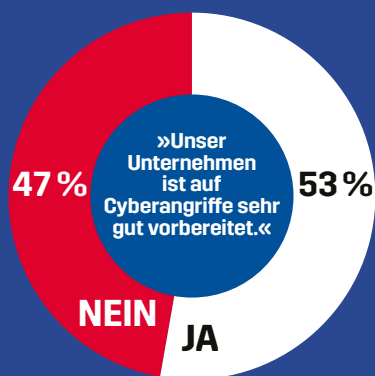
.....
Veronika Grimm über ihre Empfehlung an
Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche





Zwei Drittel der Unternehmen sehen sich durch Cyberattacken in ihrer Existenz bedroht

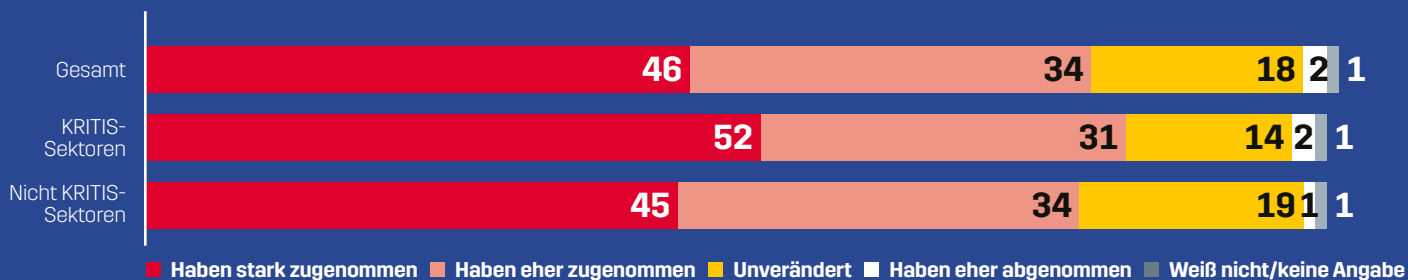
Inwieweit treffen die folgenden Aussagen zu?



Quelle: Bitkom Research 2024; Basis: Alle Unternehmen (n = 1.003) | Prozentwerte für »Trifft voll und ganz zu« und »Trifft eher zu«

Cyberangriffe auf Unternehmen nehmen weiter zu

Wie hat sich die Anzahl der Cyberattacken auf Ihr Unternehmen in den vergangenen 12 Monaten entwickelt? Angaben in Prozent



Quelle: Bitkom Research 2024; Basis: Alle Unternehmen (n = 1.003) | Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt

Wie werden wir resilienter gegen Cyberattacken?

Durch Cyberangriffe fühlen sich zwei Drittel der Unternehmen in Deutschland in ihrer Existenz bedroht. Noch nie war der **SCHADEN DURCH CYBERCRIME** so groß. Angriffe aus China und Russland nehmen zu.
Wie kann Deutschland resilienter werden?

1. Das Problem:

Wenn plötzlich alle Bildschirme schwarz werden, beginnt ein Wettlauf gegen die Zeit. Haben Hacker mit Erpressungssoftware (Ransomware) die komplette IT-Infrastruktur eines Unternehmens verschlüsselt, stehen die Bänder sofort still, ist der Zugang zu Personalakten, Kunden- und Materialdaten von jetzt auf gleich blockiert. Erst wenn das Opfer Lösegeld bezahlt – meist in Coins, selten in bar –, endet der Albtraum. Fließt kein Geld, landen die Kronjuwelen der Betriebe im Darknet. Acht von zehn Unternehmen waren im vergangenen Jahr laut Digitalverband Bitkom von Datendiebstahl, Spionage oder Sabotage betroffen, weitere zehn Prozent vermuten es. 2023 lagen die Anteile noch bei 72 bzw. 8,0 Prozent. Auf Kritische Infrastrukturen (KRITIS) wie Krankenhäuser, Energieversorger, Verkehrsunternehmen oder etwa Verwaltung nahmen die Attacken sogar noch stärker zu als auf die nicht kritischen Bereiche.

Digitale und analoge Angriffe verursachten einen Rekordschaden von fast 267 Milliarden Euro, rund 29 Prozent mehr als 2023. Davon entfiel der Löwenanteil auf Cybercrime mit 178,6 Milliarden Euro, rund 30 Milliarden Euro mehr als 2023. Produktionsausfälle, Umsatzeinbußen, Kosten für die Wiederherstellung aller Abläufe, IT-Dienstleister, Imageschäden und Rechtsstreitigkeiten – die finanzielle Last wiegt schwer. Nur 40 Prozent der Betroffenen konnten ihre Daten, so Bitkom, selbst wiederherstellen, jedes achte Unternehmen zahlte Lösegeld. Zwei Drittel sahen sich im vergangenen Jahr durch Cyberattacken sogar in ihrer Existenz bedroht, 2023 waren

es „erst“ gut die Hälfte. Unternehmen aller Größen bewerten Cybervorfälle als ihr größtes Geschäftsrisiko, so das Allianz Risk Barometer. Für Experten wie Bitkom-Präsident Ralf Wintergerst steht fest: „Wird mein Unternehmen Opfer von Cybercrime? – Das ist keine Frage des Ob, es geht lediglich um das Wann und Wie.“

2. Die Gründe:

„Cybercrime ist chaotischen Hacker-Banden längst entwachsen. Einhergehend mit dem Megatrend der Digitalisierung hat sich die Szene hochgradig professionalisiert und spezialisiert: Wir haben es mit einer ‚Underground Economy‘ zu tun, die im Darknet kriminelle Dienstleistungen in industriellen Maßstäben anbietet“, sagt ein Sprecher des Bundeskriminalamtes (BKA) gegenüber Perspektiven. Komplexe Cyberattacken seien ohne tiefgreifendes technisches Verständnis möglich geworden. Bei den beliebtesten Zielen befindet sich Deutschland regelmäßig unter den Top Fünf. Die Angriffe gehen immer stärker von der Organisierten Kriminalität und ausländischen Nachrichtendiensten aus. Zur wichtigsten Ausgangsbasis für Attacken hat sich laut Bitkom China entwickelt, gefolgt von Russland.

Die immer besser, da arbeitsteilig, organisierten Banden haben oftmals leichtes Spiel. „Es ist ja noch immer gut gegangen“, bekommen Ermittler immer wieder von Chefs vor allem mittelständischer Betriebe zu hören, warum sie ihre IT so unzureichend schützen. In der Kalkulation der Kriminellen dürften liquide und innovationsfreudige KMU ein besonders attraktives Ziel abgeben, wenn ihre Cybersicherheitsmaßnahmen nicht mehr dem neues-

ten Stand der Technik entsprechen, so das BKA. Beispiel: Videokonferenzen. Ein wesentliches Risiko besteht laut Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie darin, dass Teilnehmende heimlich mitfilmen bzw. Inhalte unbefugt aufzeichnen. Bei nicht gut abgesicherten Videokonferenzen können sich Fremde zudem in private oder geschäftliche Gespräche einschalten. Oder Cyberkriminelle hacken sich in ein Endgerät oder schneiden bei unverschlüsselter Übertragung Inhalte über eine gehackte Netzwerkkomponente auf der Kommunikationsstrecke mit. Für Angreifer mit finanziellen Interessen sind, so das Fraunhofer-Institut, Videokonferenzen ein Einfallstor, um unter falschen Identitäten aufzutreten oder um Vertrauen aufzubauen und später sensible Informationen z. B. für Wirtschaftsspionage oder für Erpressungen zu erbeuten.

Auch die Mitarbeitenden machen den Hackern das Leben leicht. Laut Human Risk Report 2024 von SoSafe klickt jeder Dritte zu Beginn eines Cyber-Security-Trainings auf schädliche Links. Erfolgreichste Betreffzeile: „Gehaltsabrechnungsfehler“.

3. Die Lösung:

Mit schärferen Gesetzen, einer stärkeren digitalen Souveränität und höheren Investitionen in die IT-Sicherheit der Unternehmen versucht Deutschland jetzt gegenzusteuern. Rolf Schumann, CEO von Schwarz Digits, dem Digitalunternehmen des Handelskonzerns Schwarz Gruppe (Lidl, Kaufland), unterstreicht: „Effektiver Schutz im Cyberbereich erfordert eine unbürokratische, EU-weite, standardisierte und praxisnahe Umsetzung ▶

gesetzlicher Rahmenbedingungen.“ Das betreffe die Erarbeitung künftiger und Umsetzung aktueller Regulierungen. Die NIS2-Richtlinie etwa verschärft die Meldepflichten bei Cyberfällen und weitet den Kreis der als kritisch geltenden Sektoren aus. Das sei zunächst eine gute Entwicklung, aber der Informationsaustausch zwischen den europäischen Cyberbehörden und der Privatwirtschaft sei ausbaufähig, so Schumann. „Denn Cyberbedrohungen kennen keine nationalen Grenzen.“ Zudem sei eine weitere Harmonisierung der Cybersicherheitsvorschriften anzustreben, um ein Agieren auf dem gesamten europäischen Binnenmarkt für Unternehmen zu erleichtern. „Außerdem müssen kleinere Unternehmen und Kommunen mehr Unterstützung erhalten, denn wir sehen, was passiert, wenn Cyberkriminelle lokale, kleine Akteure ins Visier nehmen – etwa bei den Ransomware-Angriffen auf Schulen in Rheinland-Pfalz Anfang 2025.“ Der Schulbetrieb lag lahm, unter anderem wackelte die Zeugnisausgabe.

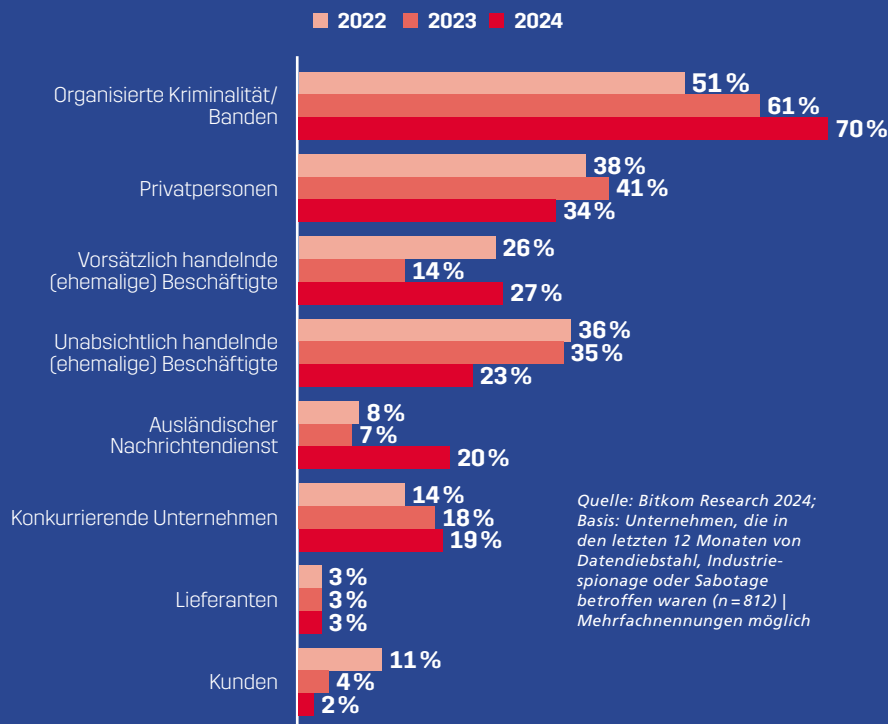
Fest steht auch: IT-Sicherheit ist eine Frage der digitalen Souveränität. Aus Sicht des neuen Bundesdigitalministers Karsten Wildberger ist es schwer verständlich, dass in Europa 75 Prozent aller Cloud-Daten in den Händen der sogenannten Hyperscaler sind – damit sind die drei größten Cloud-Anbieter Amazon, Microsoft und Google gemeint. Alle drei sitzen in den USA. Mehrere deutsche Technologieunternehmen verhandeln derzeit über die Gründung eines Konsortiums zur Errichtung einer AI Giga-factory. Ziel ist die Teilnahme an einem EU-weiten Förderprogramm zum Aufbau von fünf groß angelegten Rechenzentren, die speziell auf Anwendungen im Bereich KI ausgerichtet sind. Laut Branche führen SAP, Deutsche Telekom, Ionos, die Schwarz Gruppe und Siemens derzeit Gespräche über eine gemeinsame Bewerbung.

Gefahr ist allemal im Verzug. Fast jedes zweite Unternehmen in Deutschland (inklusive KRITIS) erwartete 2024 laut Bitkom, dass die Zahl der Cyberattacken in den nächsten zwölf Monaten weiter stark zunehmen wird.

P

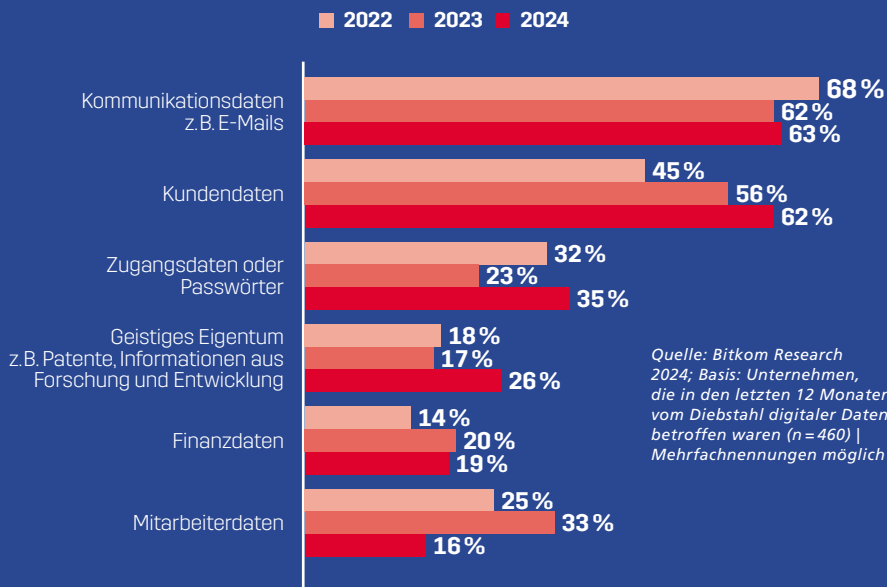
Organisierte Kriminalität und Geheimdienste greifen an

Von welchem Täterkreis gingen die Handlungen in den letzten 12 Monaten aus?



Datendiebstahl: Kunden, Passwörter und Patente im Fokus

Welche der folgenden Arten von digitalen Daten wurden in Ihrem Unternehmen gestohlen?





Mathematik,
Informatik,
Naturwissenschaften
und Technik:
Testen Sie Ihr
Wissen im
MINT-Quiz

Wie macht man aus Blei echtes Gold?

Seit Jahrhunderten träumen Menschen davon, einfaches Blei in edles Gold zu verwandeln. Alchemisten scheiterten, doch was sagt die moderne Naturwissenschaft dazu? Könnte es heute gelingen, ein Element in ein anderes zu verwandeln? Und wenn ja:

Wissen Sie, wie man dabei vorgehen müsste?

A durch die Kollision zweier Atomkerne und Abspaltung von Protonen

B durch Anreicherung der Elektronenhülle

C durch Fusion mit Wasserstoffkernen

Richtig ist Antwort A: Die Elemente im Periodensystem unterscheiden sich durch ihre Protonenzahl. Um Blei (82 Protonen) in Gold (79 Protonen) umzuwandeln, muss man also die Zusammensetzung des Atomkerns verändern. In einem Experiment am CERN (Europäische Organisation für Kernforschung) ist das gelungen, die Ergebnisse wurden im Mai 2025 veröffentlicht: Dort ließ man Bleiatome mit fast Lichtgeschwindigkeit kollidieren. Dabei kam es zu Wechselwirkungen zwischen den elektromagnetischen Feldern der Kerne, durch die in wenigen Fällen drei Protonen abgespalten wurden. Es entstanden kurzzeitig echtes Gold. Die entstehenden Goldkerne zerfielen jedoch nach Milliardstel Sekunden zwischen zwei anderen Goldkernen. Die entstehenden Goldkerne zerfielen jedoch nach Milliardstel Sekunden wieder, da es sich nicht um stabiles Gold handelte, wie es in der Natur vorkommt, sondern um instabile Isotope. Bei instabilen Isotopen zerfällt der Atomkern nach einer gewissen Zeit, da sie ein unausgeglichenes Protonen-Neutronen-Verhältnis haben. Die Umwandlung von Blei in Gold ist also möglich, aber extrem aufwendig und keineswegs nachhaltig.

Die richtige Antwort:

DGUV

Wechsel an der Spitze

Der Vorstand der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) hat **Dr. Stephan Fasshauer** zum neuen Hauptgeschäftsführer gewählt. Er folgt auf Dr. Stefan Hussy, der zum 30. Juni in den Ruhestand geht. Fasshauer wird die DGUV gemeinsam mit

Dr. Edlyn Höller, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin der DGUV, leiten. Fasshauer war zuvor Direktor der Deutschen Rentenversicherung Bund.



IW

Neue Präsidentin

Die Mitgliederversammlung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) hat am 4. Juni Angelique Renkhoff-Mücke zur neuen Präsidentin gewählt. Sie folgt auf Arndt G. Kirchhoff, dem Präsidenten von Metall NRW.

Angelique Renkhoff-Mücke ist seit 2001 Gesellschafterin und Vorstandsvorsitzende der WAREMA Renkhoff SE. Darüber hinaus ist sie seit 2011 Tarifverhandlungsführerin und Vizepräsidentin des vbm (Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie) und seit 2013 Präsidiumsmitglied der vbw (Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.) sowie seit 2019 Vizepräsidentin der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.



Wir brauchen mehr private Investitionen

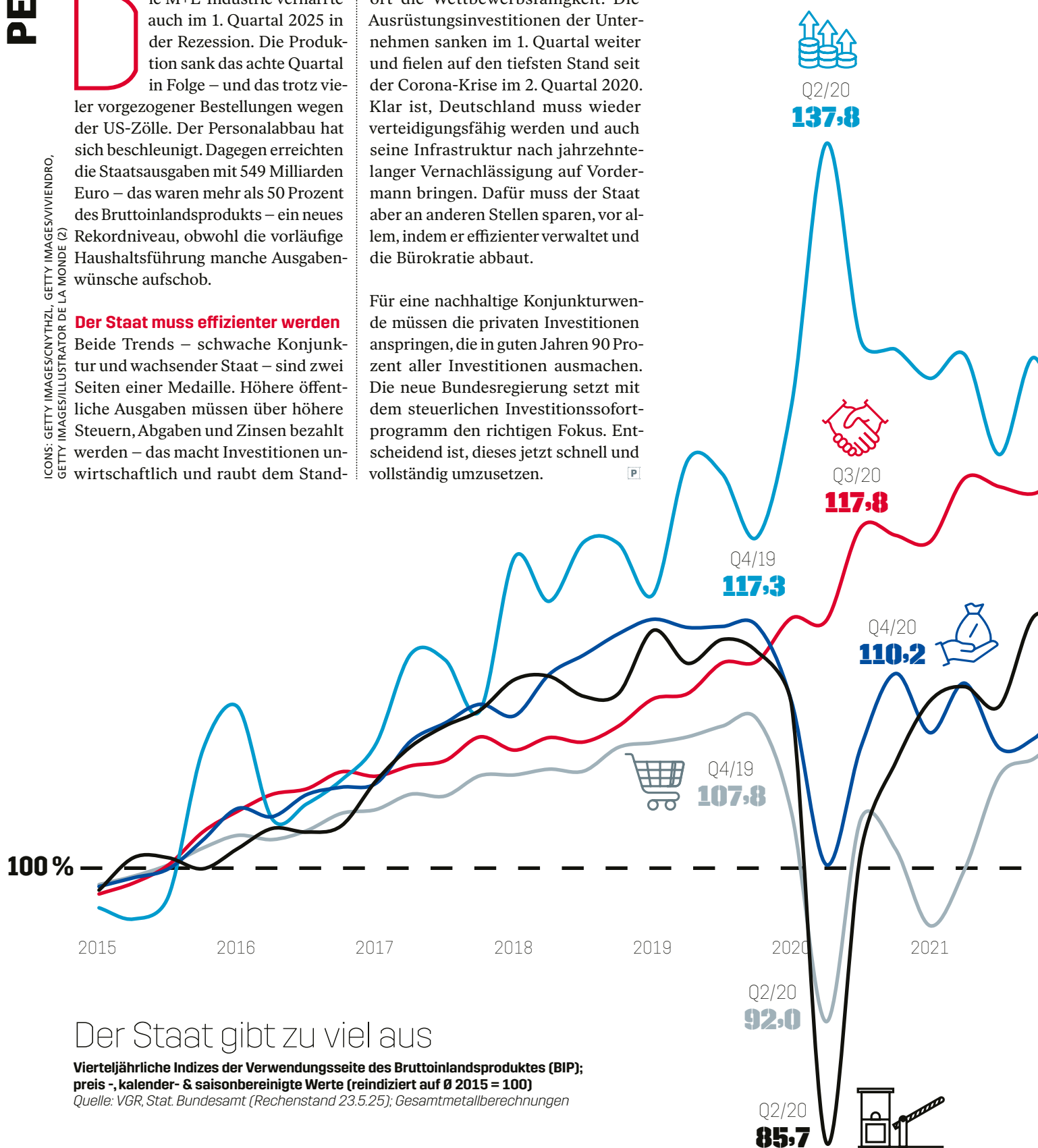
Die M+E-Industrie verharrete auch im 1. Quartal 2025 in der Rezession. Die Produktion sank das achte Quartal in Folge – und das trotz vieler vorgezogener Bestellungen wegen der US-Zölle. Der Personalabbau hat sich beschleunigt. Dagegen erreichten die Staatsausgaben mit 549 Milliarden Euro – das waren mehr als 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – ein neues Rekordniveau, obwohl die vorläufige Haushaltsführung manche Ausgabenwünsche aufschob.

Der Staat muss effizienter werden

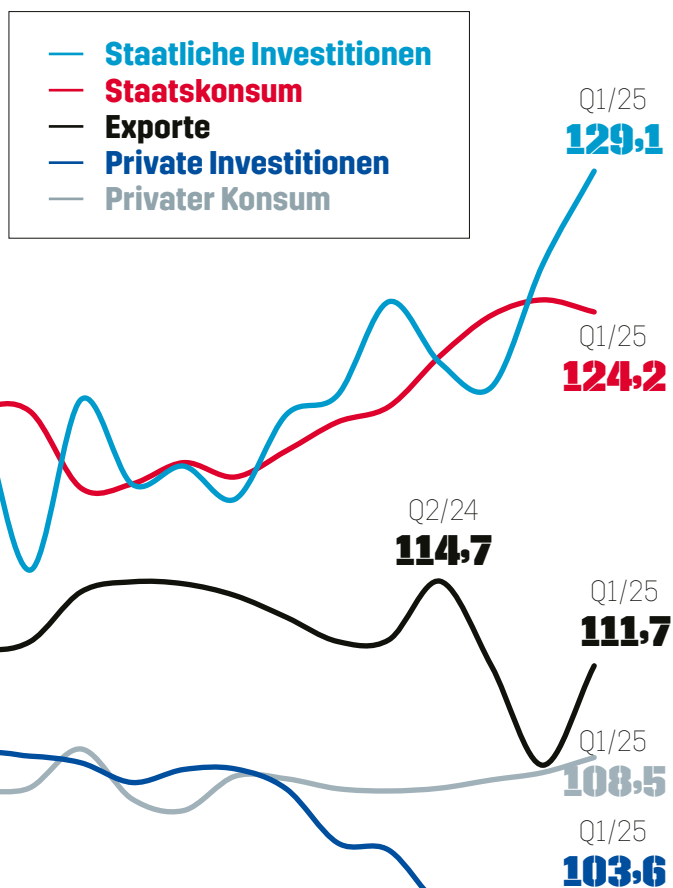
Beide Trends – schwache Konjunktur und wachsender Staat – sind zwei Seiten einer Medaille. Höhere öffentliche Ausgaben müssen über höhere Steuern, Abgaben und Zinsen bezahlt werden – das macht Investitionen unwirtschaftlich und raubt dem Stand-

ort die Wettbewerbsfähigkeit. Die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen sanken im 1. Quartal weiter und fielen auf den tiefsten Stand seit der Corona-Krise im 2. Quartal 2020. Klar ist, Deutschland muss wieder verteidigungsfähig werden und auch seine Infrastruktur nach jahrzehntelanger Vernachlässigung auf Vordermann bringen. Dafür muss der Staat aber an anderen Stellen sparen, vor allem, indem er effizienter verwaltet und die Bürokratie abbaut.

Für eine nachhaltige Konjunkturwende müssen die privaten Investitionen anspringen, die in guten Jahren 90 Prozent aller Investitionen ausmachen. Die neue Bundesregierung setzt mit dem steuerlichen Investitionssofortprogramm den richtigen Fokus. Entscheidend ist, dieses jetzt schnell und vollständig umzusetzen.



Hoffnungen auf eine Trendwende wurden bisher enttäuscht. Die M+E-Industrie kam auch im 1. Quartal nicht aus dem konjunkturellen Tal heraus. Die Politik muss jetzt die richtigen Weichen stellen, damit Unternehmen wieder Vertrauen in den Standort gewinnen und hier investieren.

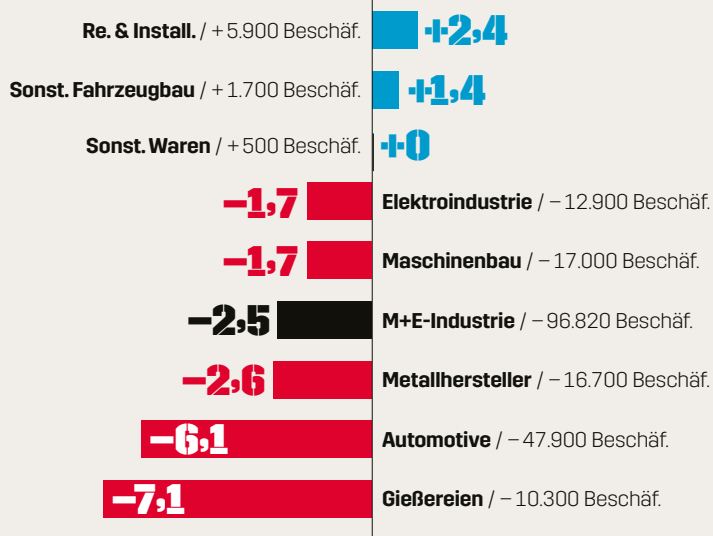


ME-MONITOR

Automotive baut stark ab

Beschäftigung nach M+E-Branchen in Prozent

Veränderung zum Vorjahresmonat, April 2025 zu April 2024; Stand 16.6.25



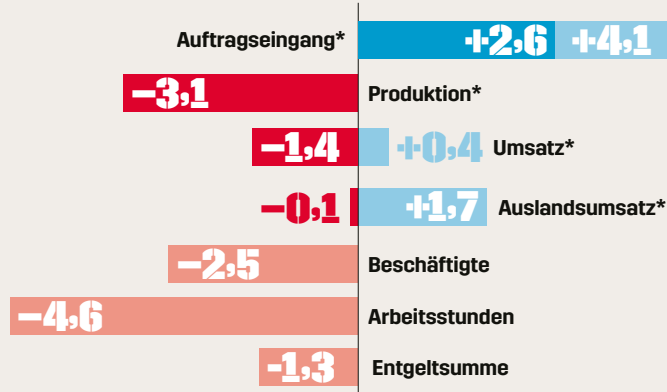
Quelle: Statistisches Bundesamt; Gesamtmetallberechnungen; Betriebe ≥ 20 Beschäftigte, hochgerechnete Werte anhand der Monatsmeldung für Betriebe ≥ 50 MA

Personalabbau beschleunigt

Entwicklung wichtiger ME-Konjunkturindikatoren in Prozent

01-04/25 zu 01-04/24, Stand 16.6.25

■ preisbereinigt ■ nominal

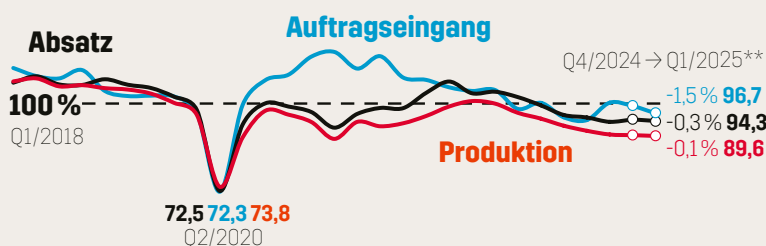


Quelle: Statistisches Bundesamt; Gesamtmetallberechnungen; *kalenderbereinigte Veränderungsraten

Abwärtstrend schwächt sich dank Großaufträgen ab

Entwicklung von Auftragseingang und Produktion M+E-Industrie

Preis-, kalender- und saisonbereinigte Indizes (Ø 2015 = 100)*; Stand: 6.6.25



Quelle: Stat. Bundesamt; ergänzte Werte Q1-2025 durch Nachmeldungen, insb. letzter Monat: vorläufige Daten; *jeweils reindiziert auf Ø 2015 = 100 ohne WZ 32+33, **Veränderungsraten M+E inkl. WZ 32+33



Was wurde aus der ...

EU-Lieferkettenrichtlinie?

Im Sommer 2024 wurde die EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) verabschiedet. Bereits im November 2024 kündigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an, deren Inhalte noch einmal anpassen zu wollen. Die Kommission legte ihren Änderungsvorschlag im Februar 2025 vor. Dieser enthält zahlreiche Verbesserungen gegenüber der verabschiedeten Richtlinie, zugleich wurde deren Umsetzungsfrist um ein Jahr nach hinten geschoben. Bereits bei seinem Antrittsbesuch in Brüssel forderte Bundeskanzler Friedrich Merz, dass die Richtlinie komplett ge-

strichen wird. Wenig später schloss sich der französische Präsident Emmanuel Macron dieser Forderung an. Damit setzen sich nun die Führungsspitzen der beiden einzigen EU-Staaten mit einer nationalen Lieferketten-Gesetzgebung für eine Komplettstreichung ein – das sollte in Brüssel nicht unbeachtet bleiben. Gesamtmetall hatte den gesamten Gesetzgebungsprozess und die Zeit danach sehr eng begleitet und die geltenden Regeln immer wieder deutlich als überfordernd und praxisfern kritisiert. Mittlerweile setzt sich diese Einsicht immer weiter durch. P

Impressum

Perspektiven

ist das vierteljährlich erscheinende Magazin der Metall- und Elektro-Industrie, mit dem die hohe Relevanz der Themen und Argumente der M+E-Industrie für Wirtschaft und Gesellschaft herausgestellt und in die politische Diskussion eingebracht wird. Das Magazin versteht sich als Plattform für Informationen, Ideen und Meinungen und sucht den Diskurs mit anderen Stakeholdern. Es richtet sich an eine breite Leserschaft in der Politik, den obersten Behörden, Verbänden und der Wissenschaft.

Herausgeber und

Redaktionsanschrift:
Gesamtmetall
Gesamtverband der
Arbeitgeberverbände
der Metall- und
Elektro-Industrie e.V.
Voßstraße 16, 10117 Berlin
Tel.: 030 55 150-0
E-Mail:
perspektiven@gesamtmetall.de
www.gesamtmetall.de

Verlag:

Axel Springer Corporate
Solutions GmbH & Co. KG
Axel-Springer-Straße 65
10888 Berlin

Redaktion:

V.i.S.d.P. Martin Leutz
(Gesamtmetall),
Iris Grundmann
(Redaktionsleitung
Gesamtmetall),
Eli Hamacher,
Tim Winter, Aisha Wilson
(Redaktion Axel Springer
Corporate Solutions)
Aisha Wilson
(Projektmanagement Axel
Springer Corporate Solutions)

Druck und Vertrieb:

X-PRESS Grafik & Druck GmbH
Nunsdorfer Ring 13
12277 Berlin

ISSN-Nummer:

2703-0717

Fotoredaktion:

Birgit Kohne

Art-Direktion und Layout:

Stefan Semrau
twotype design, Hamburg

Lektorat:

Reiner Klähn

Litho: Image-Pool, Berlin

Herstellung: Silvio Schneider

„Perspektiven“ erscheint
vierteljährlich in einer
Auflage von rund 3.500 Druck-
Exemplaren.

Wenn Sie „Perspektiven“
nicht mehr erhalten möchten,
bitte eine kurze E-Mail an:
perspektiven@gesamtmetall.de



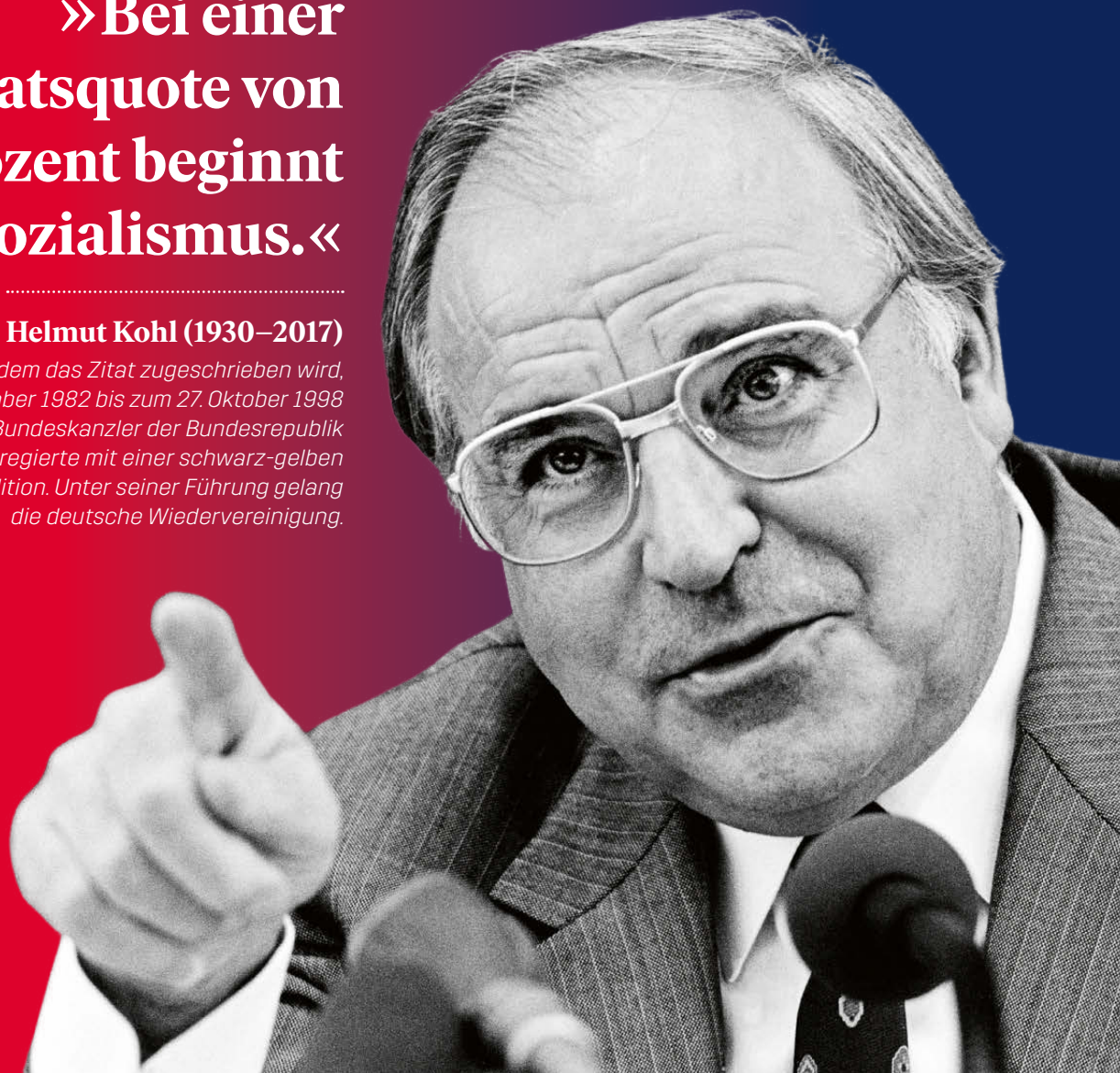


Am 29. Januar 1886 verliert Carl Benz die Lust, sein Automobil patentieren zu lassen

»Bei einer
Staatsquote von
50 Prozent beginnt
der Sozialismus.«

Helmut Kohl (1930–2017)

*Helmut Kohl (CDU), dem das Zitat zugeschrieben wird,
war vom 1. Oktober 1982 bis zum 27. Oktober 1998
der sechste Bundeskanzler der Bundesrepublik
Deutschland. Er regierte mit einer schwarz-gelben
Koalition. Unter seiner Führung gelang
die deutsche Wiedervereinigung.*



GESAMT**METALL**

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie